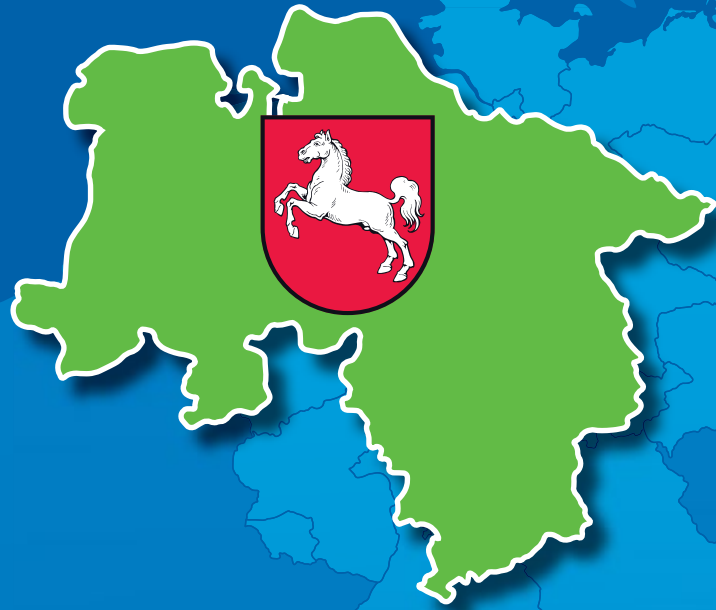




SERVICESTELLE
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT



DIALOG GLOBAL

AGENDA 2030 VOR ORT

Kommunen in Niedersachsen zeigen, wie es geht | Nr. 50

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)

Telefon: +49 228 20717-670

info@service-eine-welt.de

www.service-eine-welt.de

Dialog Global – Schriftenreihe der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW), Heft 50

Inhaltlich verantwortlich: SKEW, Dr. Stefan Wilhelmy

Projektleitung: Jessica Baier, Annette Turmann, Renate Wolbring

Texte: Renate Wolbring, Michael Danner, Kommunikation für Mensch und Umwelt

Die Berichte aus den Kommunen wurden von den Akteuren der beteiligten Kommunen erstellt.

Titelfoto: Wieland Hornig, Blockdesign

Layout, Satz und Umschlaggestaltung: Fabian Ewert, Visuelle Kommunikation

Druck: Bonifatius GmbH

100% Recyclingpapier, CircleOffset White

Druck mit mineralölfreien Farben, CO₂-kompensiert

Bonn, April 2018

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers. Die Reihe „Dialog Global“ wird finanziell gefördert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie die Bundesländer Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

Um die Lesbarkeit zu vereinfachen, sind in der vorliegenden Publikation die zur Gleichstellung von Mann und Frau gebräuchlichen Schreibweisen nicht durchgängig verwendet worden. Bei allen männlichen Bezeichnungen sind selbstverständlich die Frauen gleichermaßen angesprochen (und umgekehrt).

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder.

Dieses Druck-Erzeugnis wurde mit dem Blauen Engel ausgezeichnet.



DIALOG GLOBAL

AGENDA 2030 VOR ORT

Kommunen in Niedersachsen zeigen, wie es geht

Nr. 50

INHALT

1. Vorwort.....	5
1.1 Niedersächsische Staatskanzlei	5
1.2 Servicestelle Kommunen in der Einen Welt	6
2. Rahmenbedingungen	7
2.1 Die „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“	7
2.2 Niedersächsische Staatskanzlei: Die „Entwicklungspolitischen Leitlinien“ des Landes Niedersachsen	8
2.3 Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz: Die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Niedersachsen.....	9
2.4 Kommunale Spitzenverbände Niedersachsens: Nachhaltigkeit und Entwicklungszusammenarbeit – ein Thema für die kommunale Ebene	10
3. Kommunen in Niedersachsen zeigen, wie es geht.....	12
3.1 Stadt Emden: Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit für Fairen Handel in der Stadt.....	12
3.2 Stadt Geestland: Gemeinsam – nachhaltig – innovativ	15
3.3 Stadt Gifhorn: Entwicklungspolitisches Projekt mit der Ukraine – ein neuer Weg in der Städtepartnerschaft	18
3.4 Landkreis Göttingen: Nachhaltige Regionalentwicklung	20
3.5 Landkreis Hameln-Pyrmont: Fair Trade im Landkreis, nachhaltige Beschaffungsrichtlinie	23
3.6 Landeshauptstadt Hannover auf dem Weg zur Nachhaltigkeit	26
3.7 Region Hannover: Die SDGs in der Verwaltung – Prozess mit Beteiligung der Mitarbeitenden.....	30
3.8 Gemeinde Juist: Nachhaltiger Tourismus und Klimaakademie	33
3.9 Hansestadt Lüneburg: Das Projekt „Zukunftsstadt Lüneburg 2030+“	35
3.10 Stadt Oldenburg: Klimapartnerschaft und weitere Aktivitäten	38
3.11 Stadt Osnabrück: Die Friedensstadt Osnabrück als Initiator entwicklungspolitischer Bildungsarbeit	41
3.12 Stadt Wolfsburg: Kommunale Entwicklungszusammenarbeit und Entwicklungspartnerschaften	44
4. Beschlüsse und Papiere	47
5. Serviceteil	48
Angebote der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt.....	48
Akteure in Niedersachsen (Auswahl)	49

1. VORWORT

1.1 Niedersächsische Staatskanzlei

Liebe Leserinnen und Leser,

die globalen Herausforderungen lassen sich nur gemeinsam mit den Partnern in aller Welt im Dialog „auf Augenhöhe“ lösen. Das Land Niedersachsen engagiert sich seit vielen Jahren intensiv in der Entwicklungszusammenarbeit und setzt sich auch in seinen internationalen Beziehungen für eine nachhaltige Entwicklung ein. Die Aktivitäten des Landes Niedersachsen konzentrieren sich dabei insbesondere auf den Ausbau der 23-jährigen Partnerschaft mit der Provinz Eastern Cape (Südafrika) und der 8-jährigen Projektzusammenarbeit mit Tansania. Wir fördern dort ökonomische, ökologische und bildungspolitische Projekte.

Die Niedersächsische Landesregierung unterstützt die Grundprinzipien und Schwerpunkte der 17 UN-Nachhaltigkeits- und Entwicklungsziele, die auf dem UN-Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung im September 2015 in New York verabschiedet wurden. Wir möchten helfen, diese vor Ort zu verankern.

Die ebenfalls im September 2015 beschlossenen Entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes Niedersachsen sind ein zentrales Instrument, um die Umsetzung der Agenda 2030 auf Landesebene voranzutreiben und die Zukunftsfähigkeit zu sichern. Die Kommunen sind dabei sehr wichtige Partner, denn es geht darum, die globalen Auswirkungen lokaler Aktivitäten zu erkennen und verantwortungsvoll damit umzugehen. Die globale Verantwortung fängt Zuhause an und geht erst recht vor der Haustür weiter!

Erfreulicherweise treten Städte, Gemeinden und Landkreise in Niedersachsen zunehmend als kreative Akteure der Entwicklungszusammenarbeit auf. Die Kommunen sind dabei, ihr Beschaffungswesen umzugestalten, unterstützen den Fairen Handel und fördern entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit. Durch die Verknüpfung von Politik, bürgerschaftlichem Engagement und der lokalen Wirtschaft leisten Kommunen z.B. im Bereich des Fairen Handels einen wichtigen Beitrag zum nachhaltigen Wirtschaften. Sie mildern die Auswirkungen des Klimawandels durch energieeffiziente Bauweisen, nachhaltige Mobilitätskonzepte und andere Beiträge zum Klimaschutz. Das kommunale Handeln hat somit eine entscheidende entwicklungspolitische Relevanz im Sinne von Nachhaltigkeit. In diesem Bewusstsein unterstützt das Land Niedersachsen die Kommunen gern und voller Überzeugung bei ihren Aktivitäten zur Umsetzung der Agenda 2030.

Lassen Sie sich von den vielfältigen fairen Initiativen in dieser Broschüre inspirieren und schauen Sie doch mal, was Sie davon Zuhause oder vor der eigenen Haustür umsetzen können.

Mit freundlichen Grüßen



Stephan Weil
Niedersächsischer Ministerpräsident

1.2 Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Liebe Leserinnen und Leser,

die Vereinten Nationen haben mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung einen anspruchsvollen Katalog mit 17 Zielen (*Sustainable Development Goals*, SDGs) für eine gerechte und zukunftsfähige Welt vorgelegt. Wir alle sind aufgefordert, diese Ziele in den kommenden zwölf Jahren zu erreichen.

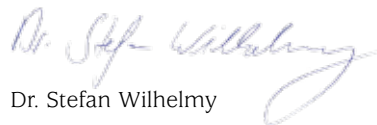
Den Landkreisen, Städten und Gemeinden kommt hier eine Schlüsselrolle zu. Nachhaltige Entwicklung berührt nahezu alle Bereiche des lokalen Handelns. Die Kommunen sind Versorger, Planer, Beschaffer und Botschafter. Der Wandel hin zu einer zukunftsfähigen und gerechten Gesellschaft und zu einem globalen Miteinander kann nur gelingen, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger vor Ort aktiv einbringen, ihre Ideen aufgegriffen, aber auch ihre Bedürfnisse berücksichtigt werden.

Deutsche Kommunen fassen Beschlüsse zur nachhaltigen Beschaffung, unterstützen den Fairen Handel, setzen sich ehrgeizige Ziele im Klimaschutz und fördern die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit. Dieses Engagement im Inland wird ergänzt durch Partnerschaften mit Kommunen in Afrika, Asien, Lateinamerika sowie Ost- und Südosteuropa.

Viele Landkreise, Städte und Gemeinden in Niedersachsen können auf ein intensives und dauerhaftes Engagement für Nachhaltigkeit zurückblicken. Mit dieser Broschüre möchten wir diese Aktivitäten sichtbar machen. Wir wollen gute Beispiele verbreiten und den Austausch zwischen den Kommunen erleichtern. Die Broschüre richtet sich daher sowohl an lokale Akteure, die in das Thema einsteigen wollen und Anregungen für eigenes Handeln suchen, als auch an solche Kommunen, die schon umfangreiche Erfahrungen gemacht haben und ihre Projekte erweitern und sich vernetzen möchten. Wir wollen möglichst vielen kommunalen Akteuren hilfreiche Anregungen für die Umsetzung der Agenda 2030 geben. Die Broschüre soll auch deutlich machen, dass Programme und Akteure auf der Landesebene die kommunale Seite unterstützen und ergänzen.

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) als bundesweite Service- und Beratungsstelle unterstützt die Kommunen bei der Umsetzung ihrer Aktivitäten. Über den Programmbeirat, in dem Niedersachsen seit 2014 Mitglied ist, fließen die Anregungen der Bundesländer in die Arbeit ein.

Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre und viele kreative Ideen für die Nachhaltigkeit vor Ihrer Haustür und anderswo auf der Welt.



Dr. Stefan Wilhelmy

Bereichsleiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/Engagement Global

2. RAHMENBEDINGUNGEN

2.1 Die „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“

Die internationale Staatengemeinschaft ist sich einig, dass sich die globalen Herausforderungen nur gemeinsam lösen lassen. Aus diesem Grund haben sich 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen (UN) am 25. September 2015 in New York auf einen Zukunftsvertrag für nachhaltige Entwicklung geeinigt, der allen Menschen weltweit ein Leben in Freiheit, Würde und einer intakten Umwelt ermöglichen soll. Die Agenda 2030 gilt als Grundlage, weltweiten wirtschaftlichen Fortschritt im Einklang mit sozialer Gerechtigkeit und im Rahmen der ökologischen Grenzen der Erde zu gestalten. Sie wurde weltweit mit breiter Beteiligung der Zivilgesellschaft entwickelt und stellt einen Meilenstein in der jüngeren Geschichte der UN dar.

Die Agenda 2030 gilt für alle Staaten dieser Welt: Entwicklungsländer, Schwellenländer und Industriestaaten – alle müssen ihren Beitrag leisten. Damit tragen alle Länder gleichermaßen Verantwortung für mehr Gerechtigkeit in der Einen Welt.

Kernstück der Agenda 2030 sind die 17 anspruchsvollen globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) mit ihren 169 Unterzielen. Sie führen alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – Soziales, Umwelt und Wirtschaft – gleichwertig zusammen und reichen von der Beseitigung von Armut und Hunger über den Schutz und die Wiederherstellung der Ökosysteme und die Erhaltung der Ozeane bis zur Förderung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums und der Sicherstellung nachhaltiger Konsum- und Produktionsmuster. Ihnen sind fünf Kernbotschaften vorangestellt: Mensch, Planet, Wohlstand, Frieden und Partnerschaft. Im Englischen spricht man von den „5 Ps“: *people, planet, prosperity, peace* und *partnership*.

Nur durch eine intensive Zusammenarbeit im Rahmen einer neuen globalen Partnerschaft kann die Agenda 2030 auch umgesetzt werden. Die Überprüfung erfolgt dabei transparent und regelmäßig im Rahmen des UN-Gremiums Hocharrangiges Politisches Forum für Nachhaltige

Entwicklung (High-level Political Forum on Sustainable Development, HLPF), in dem die Staaten auf freiwilliger Basis über ihre Fortschritte bei der Umsetzung der Agenda 2030 Bericht erstatten. Deutschland gehörte 2016 zu den ersten Staaten, die im Rahmen dieses Forums einen Bericht über die ersten Schritte zur Umsetzung der Agenda vorgelegt haben.

Voraussetzung für den Erfolg der Agenda 2030 ist, dass die Erreichung der globalen Nachhaltigkeitsziele als Gemeinschaftsaufgabe wahrgenommen wird. Darüber sind sich weltweit Regierungen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft auf allen Ebenen einig.

Schlüsselrolle der Kommunen

Da nachhaltige Entwicklung alle Bereiche kommunalen Handelns berührt, kommt den Kommunen bei der Umsetzung der Agenda 2030 und der globalen Nachhaltigkeitsziele eine Schlüsselrolle zu. Zudem kann der angestrebte Wandel hin zu einer nachhaltigen und gerechten Gesellschaft und zu einem globalen Miteinander nur in Partnerschaft aller politischen und gesellschaftlichen Ebenen erreicht werden. Dafür müssen auch die Bürgerinnen und Bürger vor Ort sensibilisiert und aktiv einbezogen werden.

Eines der 17 globalen Nachhaltigkeitsziele nimmt explizit die kommunale Ebene in die Pflicht. Ziel 11 fordert „Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig [zu] machen“. Unter diesem übergeordneten Stadtziel finden sich zehn Unterziele wie etwa das Recht auf Zugang zu bezahlbarem Wohnraum, ein sicherer öffentlicher Nahverkehr sowie Bürgerbeteiligung in der Stadtplanung. Aber auch andere globale Nachhaltigkeitsziele wie „bezahlbare und saubere Energie“ (Ziel 7), „belastbare Infrastruktur“ (Ziel 9) oder „Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen“ (Ziel 13) weisen den kommunalen Gebietskörperschaften eine wichtige Rolle zu.

Anknüpfungspunkte vor Ort

Bei der Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele beginnen die Kommunen nicht bei null.

Spätestens seit der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio 1992 und der dort erarbeiteten Agenda 21, in der auch die Kommunen als unverzichtbare Akteure für eine nachhaltige Entwicklungspolitik anerkannt wurden, haben viele deutsche Städte, Landkreise und Gemeinden das Ziel der nachhaltigen Entwicklung fest verankert. Unter dem Leitmotiv der „Lokalen Agenda 21“ („Global denken, lokal handeln“) leisten sie seit Jahren einen wesentlichen Beitrag, um den Begriff der Nachhaltigkeit mit Leben zu füllen – vor Ort in ihren Kommunen und mit Partnern weltweit.

Im Sinne der Agenda 2030 gilt es, dieses nachhaltige kommunale Engagement weiter auszubauen, als Querschnittsthema in den Kommunen zu verankern und vor allem mit den Nachhaltigkeitspolitiken und -strategien auf internationaler, nationaler und regionaler Ebene zu verzahnen. Orientierung und wichtige Impulse hierfür liefert die neue Städteagenda der Vereinten Nationen. Die auf dem dritten Weltgipfel zu Wohnungswesen und nachhaltiger Stadtentwicklung (HABITAT III) im Oktober 2016 in Quito in Ecuador verabschiedete „New Urban Agenda“ geht über das Stadtziel (SDG 11) der Agenda 2030 hinaus. Sie zielt darauf ab, nachhaltige Entwicklung und Stadtentwicklung miteinander zu verbinden und die Vision einer nachhaltigen Stadt in konkrete Maßnahmen vor Ort zu transferieren.

Zahlreiche deutsche Kommunen sind sich ihrer Verantwortung für die Eine Welt bewusst und haben bereits bemerkenswerte Schritte auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit zurückgelegt. Allen Städten, Landkreisen und Gemeinden, die ihrem Beispiel folgen wollen, sei die Mustererklärung „2030 – Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ des Deutschen Städtetages und der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas empfohlen. Mit der Unterzeichnung dieser Erklärung können sie ihre Bereitschaft signalisieren, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für ausgewählte Ziele der Agenda 2030 zu engagieren. Zudem enthält die Erklärung eine Aufforderung an Bund und Länder, sich stärker an den Kosten des kommunalen Engagements für eine global nachhaltige Entwicklung zu beteiligen.

2.2 Niedersächsische Staatskanzlei: Die „Entwicklungspolitischen Leitlinien“ des Landes Niedersachsen

Bei der UN-Generalversammlung 2015 haben sich 193 Staaten auf 17 SDGs geeinigt, die 169 Unterziele beinhalten, die bis zum Jahr 2030 eine weltweite nachhaltige Entwicklung in wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fragen befördern sollen. Mit der ehrgeizigen „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ der Vereinten Nationen vollzieht die Staatengemeinschaft einen Paradigmenwechsel von der klassischen „Entwicklungshilfe“ für die ärmsten Länder der Welt hin zu nachhaltigen Entwicklungszielen, an die alle Länder – auch die sogenannten Industrieländer – gebunden sind.

Das Land Niedersachsen hat im September 2015 sofort „Entwicklungspolitische Leitlinien“ zur Umsetzung der Nachhaltigkeits- und Entwicklungsziele der Vereinten Nationen vor Ort erarbeitet. Die Leitlinien zeigen die Grundprinzipien der niedersächsischen Entwicklungspolitik auf und benennen gleichzeitig konkrete Handlungsfelder für zukünftige Aktivitäten. Entwicklungspolitik wird zur Querschnittsaufgabe der Ressorts, die sich durch alle Bereiche der Landespolitik zieht. Dies spiegelt sich schon jetzt in den festgelegten Schwerpunkten der Zusammenarbeit im Rahmen der Partnerschaften des Landes mit der südafrikanischen Provinz Eastern Cape oder mit Tansania wider. Unterstützt werden nachhaltige Projekte von der beruflichen Bildung bis zum Klimaschutz, vom Jugendaustausch in Schule und Sport bis zum Wasser- und Abfallmanagement sowie zur Energieeffizienz.

Die Landesregierung beteiligt sich zum Beispiel an einem Programm der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) für ökologisches Wirtschaften in Südafrika. Darin fördert sie eine Kooperation niedersächsischer Berufsschulen und Handwerkskammern mit Schulen in Eastern Cape zur Einführung dualer Ausbildungsgänge in den Berufen Elektro- und Versorgungstechnik. Die Lehrenden erhalten unter anderem Fortbildungen zu den Unterrichtsinhalten oder zum Management eines Berufsschulzentrums.

Darüber hinaus ist die Landesregierung Mitglied im Programmbeirat der SKEW von Engagement Global. In Kooperation mit der Servicestelle fanden im Jahr 2016 regionale Fachveranstaltungen in Oldenburg und Hannover sowie 2017 in Lüneburg und Göttingen zu Themen der kommunalen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitspolitik statt.

Mit Verabschiedung der „Entwicklungspolitischen Leitlinien“ hat die Landesregierung zugleich beschlossen, gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, externen Kooperationspartnern und den Fachressorts bis Ende 2017 auf breiter Basis und in einem transparenten Dialogverfahren eine Strategie zur Umsetzung der Leitlinien erstellen zu lassen. Dazu wurde von der Niedersächsischen Staatskanzlei ein runder Tisch eingerichtet, an dem Vertreterinnen und Vertreter aus allen gesellschaftlichen Bereichen (Nichtregierungsorganisationen, Kirchen, Wirtschaft, Gewerkschaften, migrantische Organisationen, Wissenschaft, Politik, Verwaltung etc.) ihre Ideen für eine Umsetzungsstrategie „auf den Tisch“ gebracht haben. Die kommunalen Spitzenverbände als Sprachrohr der Kommunen sind dabei wichtige Partner, weil das kommunale Handeln eine ganz entscheidende entwicklungspolitische Relevanz hat. Nachhaltige Entwicklung beginnt vor der Haustür! In diesem Sinne engagieren sich immer mehr Städte und Gemeinden und zeigen Verantwortung für die globalen Auswirkungen ihres Handelns.

Die Mitwirkenden am runden Tisch haben zu den Handlungsfeldern „Bildung und Jugend“, „Wissenschaft und Forschung“, „Umwelt, Energie und Klimaschutz“, „Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung“, „Bürgerschaftliches Engagement, interkultureller Dialog und Kulturaustausch“ und „Demokratie, Gutes Regierungs- und Verwaltungshandeln“ in Eigenregie und eigenverantwortlich Arbeitsgruppen gebildet, die jeweils mögliche Ziele, Maßnahmen und Indikatoren zur konkreten Umsetzung der „Entwicklungspolitischen Leitlinien“ entwickelt haben. Die Ergebnisse sind in einem Umsetzungsbericht zusammengefasst. Die fachlich zuständigen Ressorts und die Niedersächsische Staatskanzlei greifen diese Vorschläge nun auf und prüfen ihre Umsetzbarkeit. Der Bericht kann darüber hinaus für alle entwicklungspolitisch Interessierten – besonders auch für die Kommunen – als Ideengeber und Leitfaden dienen.

Kontakt:

Niedersächsische Staatskanzlei

Nicole Ewert-May

Referatsleiterin Internationale Zusammenarbeit,

Entwicklungspolitik

Planckstraße 2

30169 Hannover

Telefon: 0511 120-6787

www.stk.niedersachsen.de/themen/europa_international

2.3 Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz: Die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Niedersachsen

Nachhaltigkeit bedeutet im Kern, die Bedürfnisse der heutigen Generation auf eine Weise zu befriedigen, die die Handlungsmöglichkeiten künftiger Generationen nicht einschränkt. Das Leitbild der Nachhaltigkeit ist auch für die Niedersächsische Landesregierung handlungsleitendes Prinzip. Die Landesregierung hat dabei das übergeordnete Ziel, die sozialen und wirtschaftlichen Interessen in Einklang zu bringen mit der langfristigen Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Das Regierungshandeln wird stärker auf Generationengerechtigkeit und Chancengleichheit ausgeweitet.

Die Landesregierung hat daher eine eigene Nachhaltigkeitsstrategie erarbeitet, die sich thematisch an den aktuellen Herausforderungen einer nachhaltigen Entwicklung Niedersachsens ausrichtet, Handlungsschwerpunkte benennt und Ziele formuliert.

Diese Nachhaltigkeitsstrategie für Niedersachsen besteht aus 26 Handlungsfeldern und 60 Indikatoren. Die Strategie mit ihren Indikatoren wird regelmäßig überprüft und entsprechend fortgeschrieben, um veränderte gesellschaftliche Bedingungen, Fortentwicklungen und Umsetzungskonstellationen berücksichtigen zu können.

Im Vordergrund der gesellschaftlichen Öffnung und Erweiterung der Regierungsposition stehen die regionalen und kommunalen Aktivitäten, die die Relevanz nachhaltiger Politik im unmittelbaren gesellschaftlichen Umfeld verdeutlichen.

Für eine Landesnachhaltigkeitsstrategie sind die Kommunen unverzichtbare Akteure: Durch ihre unmittelbare Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern können die Kommunen – unterstützt durch das Land – durch nachhaltiges Handeln Vorbild sein und Impulse für eine breitere gesellschaftliche Verankerung von Nachhaltigkeit setzen.

Die niedersächsische Nachhaltigkeitsstrategie fügt sich ein in den Rahmen, der durch die „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ der UN sowie durch die „Neue Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie“ der Bundesregierung vorgegeben ist. Das Land Niedersachsen wird sich – wo zweckmäßig und sinnvoll – die SDGs zu eigen machen.

Folgende Schwerpunktfelder sollen in den kommenden Jahren im Mittelpunkt stehen:

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Für eine nachhaltige wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sind allen voran starke Unternehmen und Betriebe in Niedersachsen entscheidend. Aber auch das Land und die Landesverwaltung bilden eine wichtige Größe für langfristigen Wohlstand in Niedersachsen.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Der Zusammenhalt einer Gesellschaft wird von einer Vielzahl von Voraussetzungen und Bedingungen in den unterschiedlichsten Lebenszusammenhängen bestimmt. Er geht damit über den reinen Sozialstaatsbegriff deutlich hinaus. Entsprechend breit gefächert sind daher auch die Ansätze, den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Niedersachsen zu stärken und auszubauen.

Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen

Nachhaltiger Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen bedeutet mehr als den Erhalt natürlicher Ressourcen. Vielmehr geht es auch darum, bereits bestehende oder schon eingetretene Beeinträchtigungen zu beheben oder zumindest angemessen zu kompensieren.

Die Auswahl der Indikatoren für die Nachhaltigkeitsstrategie erfolgte im Sinne einer größtmöglichen Vergleichbarkeit mit dem Bund und anderen Bundesländern in Anlehnung an die „Neue Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie“. Die Schlüsselindikatoren identifizieren den Handlungsbedarf im jeweiligen Themenfeld, ohne es umfassend abzubilden. Zusammengenommen bilden die

Indikatoren den Stand nachhaltiger Entwicklung ab und liefern Anhaltspunkte für die Weiterentwicklung der niedersächsischen Politik.

Im September 2017 hat das Land Niedersachsen zwölf Expertinnen und Experten aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung, Bildung, Kunst und Gesellschaft für den neuen Niedersächsischen Rat für Nachhaltigkeit berufen. Dieser berät die Landesregierung in allen Fragen zum Thema Nachhaltigkeit und gewährleistet so einen Austausch zwischen Regierung und Expertise. In diesem Rat sind auch zwei Personen der kommunalen Ebene vertreten.

Kontakt:

Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz – Referat 54
Bettina Kader

Archivstraße 2

30169 Hannover

Telefon: 0511 120-3450

Fax: 0511 120-993450

E-Mail: bettina.kader@mu.niedersachsen.de

www.umwelt.niedersachsen.de/themen/nachhaltigkeit/nachhaltigkeitsstrategie/nachhaltigkeitsstrategie-fuer-niedersachsen-111080.html

2.4 Kommunale Spitzenverbände Niedersachsens: Nachhaltigkeit und Entwicklungszusammenarbeit – ein Thema für die kommunale Ebene

Die UN-Konferenz von Rio 1992 hat vielen Kommunen einen Anstoß gegeben, global zu denken und lokal zu handeln. Auch die 2015 verabschiedete Agenda 2030 der Vereinten Nationen sieht die Kommunen in einer Schlüsselrolle zur Erfüllung der globalen Nachhaltigkeitsziele. Die Bedeutung von kommunalem Engagement für Nachhaltigkeit und Entwicklungszusammenarbeit ist in den letzten zwei Jahren sehr deutlich geworden. Denn insbesondere die Kommunen sind seit Beginn der Zunahme der Flüchtlingsbewegung 2015 mit den Folgen der internationalen Krisenbewältigung konkret befasst.

Die niedersächsischen Kommunen leisten einen relevanten Beitrag und übernehmen Verantwortung. Das zeigt die „Studie zum Engagement niedersächsischer Kommunen in den Bereichen der kommunalen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitspolitik“ des Zentrums für Organisationsdiagnose

(ZOD) aus dem Jahr 2016.¹ Ein zentrales Handlungsfeld sind dauerhafte oder projektbezogene kommunale Partnerschaften. Diese Partnerschaften helfen beim Aufbau demokratischer, selbstverwalteter und damit bürgernaher Strukturen auf kommunaler Ebene. Über sie wird Arbeit mit Blick auf Bildung und Gleichstellung geleistet. Sie unterstützen vielfach auch Maßnahmen zum Klimaschutz oder zur Anpassung an den Klimawandel.

Nachhaltigkeit und Entwicklungszusammenarbeit sind aber nicht nur ein Thema für Politik und Verwaltung. In vielen Kommunen bestehen auf diesem Gebiet lokale Bündnisse mit anderen Akteuren wie kirchlichen Organisationen, Wirtschaftsverbänden, Unternehmen, Hochschulen und Schulen oder migrantischen Organisationen sowie Verbänden, die im Bereich Entwicklungszusammenarbeit tätig sind. Die Arbeit in den Kommunen fördert so ein gesamtgesellschaftliches Bewusstsein für das Thema.

Als größte Herausforderungen bei der Umsetzung der Aktivitäten kommunaler Entwicklungszusammenarbeit und Nachhaltigkeit identifiziert die Studie fehlende finanzielle und personelle Ressourcen. Sie zeigt auf, dass das Thema im Bewusstsein durchaus steigt, aber bei knapper Kassenlage und enger Personalsituation hinter anderen Bereichen zurückzufallen droht. In diesem Zusammenhang darf aber eines nicht vergessen werden: Entwicklungszusammenarbeit ist eine freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe der Kommunen, die einer dauerhaften Finanzierung bedarf. Zur Förderung eines stärkeren Engagements der Kommunen sind daher auch nachhaltige finanzielle Anreize durch Land und Bund erforderlich. Der Ausbau der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt auch mit Fördermitteln für Kommunen wird in diesem Sinne sehr begrüßt.

Kontakt:

Arbeitsgemeinschaft der niedersächsischen Spitzenverbände Niedersächsischer Städte- und Gemeindebund, Niedersächsischer Städtetag, Niedersächsischer Landkreistag

www.agksv.de

1 ZOD (Hrsg.), Studie zum Engagement niedersächsischer Kommunen in den Bereichen der kommunalen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitspolitik, Hannover 2016, abrufbar unter: <https://skew.engagement-global.de/kooperationen/studie-zum-engagement-niedersaechsischer-kommunen-in-den-bereichen-der-kommunalen-entwicklungs-und-nachhaltigkeitspolitik.html>.

3. KOMMUNEN IN NIEDERSACHSEN ZEIGEN, WIE ES GEHT

3.1 Stadt Emden: Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit für Fairen Handel in der Stadt

Interview mit Jens Tholen, Referent des Oberbürgermeisters der Stadt Emden. Die Fragen stellte Michael Danner.

Weiterhin wurde durch den Oberbürgermeister der Stadt Emden, Herrn Bornemann, beschlossen, das Thema über die Stabsstelle Vorstandsbüro bearbeiten zu lassen, um sich direkt über die Fortschritte informieren lassen zu können. So ist die Stadtverwaltung für die organisatorischen Arbeiten und die Antragstellungen zuständig, während über die Honorarkraft der Kontakt zur Stadtgesellschaft etabliert wird.

Warum engagiert sich die Stadt als „Fairtrade-Stadt“?

Der Faire Handel muss noch stärker in die Mitte der Gesellschaft gerückt werden. Über viele Jahre hinweg waren faire Produkte und Informationen vorwiegend in Weltläden und Reformhäusern zu finden. Aktuell findet in diesem Punkt ein Wandel statt. So sind Produkte mit zumindest einem Anteil an fair gehandelten Zutaten mittlerweile in jedem gut sortierten Supermarkt zu erwerben. Die Konsumentenden haben so die Möglichkeit, bei ihrem alltäglichen Einkauf fair gehandelte Produkte anstelle von konventionell gehandelten Produkten in ihren Warenkorb zu legen. Umso wichtiger ist es, den Menschen auch die entsprechenden Informationen zu diesen Produkten zukommen zu lassen.

Was gibt es für Möglichkeiten, um die Öffentlichkeit anzusprechen?

In Emden findet jährlich der „Emder Matjeslauf“ statt. Gemeinsam mit dem multi SB Warenhaus ist es gelungen, die im Zieleinlauf an die rund 4.000 Laufenden verteilten Bananen in Fairtrade-Qualität zur Verfügung zu stellen. Die „Fairtrade-Grundschule“ Cirkseña begleitet die Verteilaktion im Zieleinlauf durch Kinder in „Fairtrade“-Bananenkostümen. In Emden fand im Mai das erste ostfriesische Vernetzungstreffen zum Fairen Handel statt. Es wurde veranstaltet von der Stadt Emden, dem Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen, dem Ökumenischen Zentrum Oldenburg und TransFair e.V. Unter dem Motto „Ostfriesland kauft fair!“ tauschten sich rund 70 Personen aus den ostfriesischen Kommunen, Schulen und Hochschulen, Weltläden und dem



„Fairtrade-Ehrenbotschafter“ Manfred Holz (Erster von links), Oberbürgermeister Bernd Bornemann (Zweiter von rechts) und der Steuerungskreis Fairtrade-Stadt Emden bei der Urkundenverleihung. © Stadt Emden.

Wie kam es dazu, dass Emden „Fairtrade-Stadt“ geworden ist?

Der Emder Stadtrat hat am 19.12.2013 beschlossen, dass sich die Stadt Emden um den Titel „Fairtrade-Stadt“ bewirbt. Seit Oktober 2015 ist sie offiziell „Fairtrade-Stadt“ und strebt im Herbst 2017 die Rezertifizierung an.

Gibt es innerhalb der Stadt eine Vernetzung oder Kooperationen?

Im Rahmen der Bewerbung um den Titel „Fairtrade-Stadt“ wurde ein Steuerungskreis gebildet, dessen Teilnehmende aus der Stadtgesellschaft kommen. In diesem Gremium wird über die jährlichen Aktivitäten der Stadt entschieden. Schnell entstand die Idee, diese neue Aufgabe nicht nur von der Stadtverwaltung, sondern unter Mithilfe einer Honorarkraft durchführen zu lassen, die bereits ein persönliches Interesse am Thema Fairer Handel und fundiertes Fachwissen mitbringt.

privaten Bereich zu folgenden Themen aus: „Faire Beschaffung in Kommunen“, „Nachhaltige Verpflegung in Schulen“, „Fairer Handel in der Bildungsarbeit“ und „Fairer Handel und die nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen (SDGs)“. Dem Publikum wurden durch die Vorträge und Diskussionen konkrete Handlungswege aufgezeigt und Empfehlungen ausgesprochen, wie es den Fairen Handel in der eigenen Kommune stärker etablieren kann.

Gemeinsam mit den ostfriesischen „Fairtrade-Städten“ Aurich, Leer und Langeoog verfasste die Stadt Emden einen mehrseitigen Artikel im „Ostfriesland Magazin“, das ein im gesamten ostfriesischen Raum gelesenes Regionalmagazin ist. Unter dem Titel „Ostfriesland will fair sein“ berichteten die „Fairtrade-Städte“ von ihren Aktivitäten.

In Kooperation mit der Hochschule Emden/Leer konnte 2016 eine Veranstaltungsreihe im Rummel – dem Empfangssaal des Emder Rathauses – gestartet werden. Im mit 100 Personen voll besetzten Saal hielt im Januar 2016 der Entwicklungsökonom Prof. Dr. Hans-Heinrich Bass, Hochschule Bremen, einen Vortrag zum Thema „Kann Fairtrade die Welt der Kleinbauern in Entwicklungsländern verbessern?“. Im April 2017 gastierte Prof. Dr. Niko Paech mit einem Vortrag zum Thema „Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Wirtschaftswachstum: Die Rolle der Suffizienz“ im ebenfalls voll besetzten Emder Rummel. Darüber hinaus wird das Thema des Fairen Handels auch in den Alltag einbezogen, etwa durch die Ausrichtung „Fairer Frühstücke“, die Einbeziehung der Thematik in die Predigten in den Kirchengemeinden und den Verkauf fairer Produkte auf dem Wochenmarkt in der Innenstadt zum „Weltladentag“ und im Rahmen des Programms der „Fairen Woche“.

Ist seitdem der Absatz an fairen Produkten in Emden gestiegen?

Messbar ist das steigende Interesse der Bevölkerung an den Produkten des Fairen Handels. So sind im Weltladen Emden vermehrt Waren durch Schülerinnen und Schüler und deren Eltern sowie durch Studierende nachgefragt worden. Über den Fairen Handel und den Weltladen haben sie sich jeweils über die Veranstaltungen in den Schulen und der Hochschule informiert. „Viele kleine Leute in vielen kleinen Orten, die viele kleine Dinge tun, können das Gesicht der Welt verändern“, lautet

ein afrikanisches Sprichwort, das an dieser Stelle sicher angebracht ist.

Sind Sie auch zur bundesweiten „Fairen Woche“ aktiv?

Ja, die jährliche Teilnahme an der „Fairen Woche“ hat sich bereits etabliert und wird mit einem breit gefächerten Programm zelebriert. So gab es in Emden in den Jahren 2015 und 2016 beispielsweise faire und regionale Frühstücke und Mittagstische, verschiedene Produktverkostungen, die Einführung von Eisbechern mit fairen Zutaten in Emder Eisdielen und Gottesdienste, die sich dem Thema widmeten. Als größere Veranstaltungen gab es einen Produzentenbesuch aus Ecuador an der „Fairtrade-Grundschule“ Cirksena sowie zwei Theateraufführungen für die Schülerinnen und Schüler in Emden. Im Jahr 2015 wurde ein Theaterstück über Globales Lernen mit dem Titel „Zum Glück stolpern“ aufgeführt. Im Jahr 2016 konnte die Theatergruppe PREDA/Akbay von den Philippinen ihr selbst verfasstes Musicaldrama in deutscher Sprache aufführen.



Leiterinnen und Leiter der Emder Grundschulen erhalten „Fairtrade-Probiersets“. © Stadt Emden

Wie ist die Resonanz innerhalb der Stadtgesellschaft?

Die Stadt hatte das Glück, dass die Stadtgesellschaft während der Bewerbungsphase um den Titel als „Fairtrade-Stadt Emden“ bereits viele Projekte zu den Themen des Fairen Handels von sich aus begonnen hatte. So war die Grundschule Cirksena bereits in den Vorbereitungen zur Bewerbung um den Titel der „Fairtrade-Schule“, welchen sie im Juli 2014 als erste Grundschule in Niedersachsen entgegennahm. Der örtliche Teehändler hatte bereits zwei Sorten „Fairtrade-Tee“ in sein

Sortiment aufgenommen. Auch die Hochschule Emden/Leer befand sich im Bewerbungsprozess um den Titel „Fairtrade-University“, den sie im Dezember 2016 als neunte Hochschule in Niedersachsen erhalten hat.

Auf Anfrage erklärten sich 34 Unternehmen bereit, die Stadt Emden in ihren Bemühungen, den Fairen Handel in der Stadt voranzubringen, zu unterstützen. Vertreten sind neben Cafés und Lebensmittelgeschäften die Hochschule Emden/Leer, die Stadtwerke Emden, die Volkshochschule, das Ökowerk Emden, die örtlichen Kirchengemeinden, Kleidungsgeschäfte, Reformhäuser und eine Gärtnerei. Insgesamt konnten innerhalb kürzester Zeit die Bewerbungsvoraussetzungen nicht nur erfüllt, sondern übertroffen werden. Viele der genannten Akteure sind auch regelmäßig im Steuerungskreis Fairtrade-Stadt Emden aktiv und gestalten die „Faire Woche“ mit.

Was sind die größten Herausforderungen und wie wird ihnen begegnet?

Eine große Herausforderung ist es, die vielen Vorschläge aus dem Steuerungskreis zeitlich auch umsetzen zu können. Da es sich bei den Teilnehmenden um ehrenamtliche Mitwirkende handelt, werden die Themen vorwiegend in der Freizeit der Anwesenden behandelt. Die geplanten Aktionen finden daher überwiegend an den Wochenenden oder nach Feierabend statt. Es ist daher notwendig, die Projekte zu priorisieren und gegebenenfalls einige zeitlich nach hinten zu verschieben. So können zunächst die wesentlichen Projekte in Gänze ausgearbeitet werden. Hierbei sollte den publikumswirksamsten Projekten Vorrang vor spezielleren Aktionen gewährt werden.

Was sind wichtige Bedingungen für das Erreichen von Zielen?

Die wichtigste Bedingung für die Zielerreichung ist das Vorhandensein interessierter Menschen aus der Stadtgesellschaft, die bereit sind, sich ehrenamtlich für das Thema zu engagieren. Im Rahmen einer zu gründenden Arbeitsgruppe können Ideen aller Art eingebracht werden. Die Organisation, Protokollierung und die Vorbereitung der Sitzungen dieser Arbeitsgruppe sollten möglichst durch die Kommune erfolgen, die auch die Räumlichkeiten bereitstellt. Mindestens ein Vertreter der Kommune sollte die Sitzungen begleiten.

Es ist sinnvoll, für die betreuende Organisationseinheit ein Budget zur Verfügung zu stellen, damit Projekte nicht bereits an niedrigsten Ausgaben scheitern. Nicht für alle Aktionen können Fördermittel eingeworben werden. Bewährt hat sich die Einbindung einer am Thema interessierten Person als Verantwortliche im Rahmen eines Honorarvertrages, da so auf ihre Erfahrungen und Kontakte zurückgegriffen werden konnte.

Es ist wichtig, mit den Aktionen zum Fairen Handel nicht nur eigene Projekte zu initialisieren, sondern auch bestehende Events in der Kommune zu nutzen. So können Bauern- und Wochenmärkte sowie Erntedankfeste leicht um einen Stand mit fairen Produkten erweitert werden. Gibt es in Stadtteilen bereits regelmäßig stattfindende Frühstücke? Können Schülerinnen und Schüler für Schulläufe eventuell mit T-Shirts aus Fairem Handel ausgestattet werden? Letztlich müssen die Aktionen auch durch die Pressestelle der Kommune begleitet werden, um Pressemitteilungen anzufertigen und an die örtliche Presse weiterzuleiten.

Kontakt:
Stadt Emden
Vorstandsbüro
Jens Tholen
Frickensteinplatz 2
26721 Emden
Telefon: 04921 871994
www.emden.de/rathaus/verwaltung/stabsstellen/vorstandsbuero

3.2 Stadt Geestland: Gemeinsam - nachhaltig - innovativ



Unser „WIR“. © Stadt Geestland

Die Stadt Geestland sieht die Verantwortlichkeit ihres Handelns in dem ganzheitlichen Spektrum der 17 SDGs. Seit 2008 ist dies ein kontinuierlicher Prozess, dem sich die Stadt in ihrer Gesamtheit widmet. Einige Beispiele:

- Ausbildung des Bürgermeisters zum Nachhaltigkeitsmanager (TÜV Rheinland)
- Einführung eines Nachhaltigkeitsmanagements
- „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (Einstellung einer Jugend-Umweltmanagerin)
- Entsprechenserklärung beim „Deutschen Nachhaltigkeitskodex“ (DNK) als erste Kommune Deutschlands
- Mitarbeit bei der Bildung einer „Fairtrade-Region Unterweser“
- Kommunale Klimapartnerschaft mit dem Distrikt Leribe in Lesotho
- Übernahme einer Patenschaft für Bienen („Geestland-Bienen“)
- Angebot „Bürgermeister frei Haus!“

„Wir sind uns unserer Verantwortung in dieser Angelegenheit bewusst und haben diesen Prozess bereits im Jahr 2008 begonnen. Mir liegt das Thema Nachhaltigkeit sehr am Herzen, wobei wir dann nicht nur innerhalb unserer Stadt daran arbeiten, sondern auch über die Stadtgrenzen hinaus. Es nützt nichts, wenn es nur uns gut geht. Um unseren Beitrag für ein lebenswertes Morgen zu leisten, sind wir auch immer offen für neue Ideen und Konzepte“, betont Geestlands Bürgermeister Thorsten Krüger.

Im Rahmen der „Kommunalen Klimapartnerschaften“,² gefördert durch die SKEW, ist daher das Projekt „Nachhaltige Umweltbildung für Erwachsene und Kinder“ in Planung. An der Pitseng High School in Lesotho werden gemeinsam mit Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern und Eltern Handlungspläne zur Umweltbildung erstellt, die an die lokalen Verhältnisse angepasst sind und die eine selbstständige Fortführung dieses Projektes gewährleisten. Parallel dazu sollen gleichzeitig die Bürgerinnen und Bürger der Ortschaften Pitseng und Mahobong mit deren Ortsvorstehern entsprechend ausgebildet werden. Der Klimawandel ist dort allgegenwärtig. Das Anliegen der Stadt ist es, die Bevölkerung direkt zu unterstützen und mit ihr gemeinsam erfolgreiche Projekte umzusetzen. Bei dem Projekt sollen zwei Lehrkräfte für zwei Wochen an der Pitseng High School Umweltbildung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene lehren. Außerdem soll gemeinsam erörtert werden, wie künftig das Thema Umweltbildung aufgegriffen und in den Schulplan eingearbeitet werden kann. Es ist geplant, mit Arbeitsgemeinschaften zu diesem Thema zu beginnen. Gleichzeitig soll eine Vernetzung der beiden Ortschaften mit der Stadt Geestland erfolgen, um eine nachhaltige Entwicklung in Süd und Nord zu fördern.

Für die Stadt Geestland ist Nachhaltigkeit ein bestimmender Handlungsfaktor. Schon die 2008 entworfenen Leitlinien verordneten der damaligen Stadt Langen nachhaltige Handlungsweisen in den Bereichen Bildung, Familie und Wirtschaft bzw. Wirtschaftsförderung. Seither wurden die Leitlinien ständig aktualisiert und erweitert. Die aktuellste Fassung umfasst 17 Themenfelder. Die hierin vereinbarten Ziele müssen hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeit überprüft werden. Zur Finanzierung der Maßnahmen dürfen Kreditmittel nur in begründeten Ausnahmefällen verwendet werden. Anträge, deren Umsetzung mit Kosten verbunden ist, sind stets mit einem Finanzierungsvorschlag zu versehen.

Das Ziel: Die Stadt für die Zukunft bereit zu machen und für die Bürgerinnen und Bürger lebenswert zu erhalten – das Ganze möglichst

² „Kommunale Klimapartnerschaften“: <https://skew.engagement-global.de/kommunale-klimapartnerschaften.html>.

ressourcenschonend und enkeltauglich. Sich dabei im Spannungsfeld der verschiedenen und sich teilweise widerstreitenden Bereiche zu bewegen und zu handeln, ist nicht immer leicht. Hier liegt auch die Herausforderung für die Kommunen.

Im Jahr 2016 hat sich der Rat der Stadt Geestland mit der Resolution „2030 – Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ des Deutschen Städtetages und der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas befasst und die von den Vereinten Nationen verabschiedeten Nachhaltigkeitsziele für die Stadt als verbindlich erklärt. Die Durchführung und Einhaltung der Strategie wird durch periodische Nachhaltigkeitsberichte sichergestellt.



Obstbaumprojekt Pitseng High School, Lieferung der 150 Apfelbäume. © Makabelo Temane

Die Resonanz auf diese Themen ist bei den Partnern der Stadt Geestland wie den Unternehmen, Banken, Behörden, der Presse und der Bevölkerung durchweg positiv. Die Stadt berichtet transparent über diese Projekte, was ihr viel positives Feedback eingebracht hat. Für das im Rahmen der „Kommunalen Klimapartnerschaften“ begonnene Obstbaumprojekt hat die Stadt durch die Berichterstattung Spenden einnehmen können, sodass dieses Projekt kontinuierlich fortgesetzt werden kann. Das Anlegen von Streuobstwiesen an Schulen in Leribe und in Geestland ist ein Punkt des gemeinsamen Handlungsprogrammes und hat neben dem Klimaschutzaspekt noch weitere Vorteile. Die Kinder leisten einen Beitrag zum Umweltschutz und sie lernen den Zusammenhang von Tier- und Pflanzenwelt besser kennen und schätzen. Ziel in Leribe ist die Minderung von

Bodenerosion und die Versorgung der Schülerinnen und Schüler mit frischem Obst. Ziel in Geestland ist die Identifikation mit dem Lebens- und Erlebnisraum Streuobstwiese, die Stärkung der Akzeptanz für heimische Produkte durch Pflege und Ernte sowie eine ökologische Aufwertung durch das Anlegen von Blühstreifen und Nisthilfen.

Nachhaltigkeit ist Chefsache!

Wichtig ist, dass dieses gesamtgesellschaftliche Thema in der obersten Ebene der Stadtverwaltung angesiedelt ist. Der Bürgermeister der Stadt Geestland wirkt als Motor. Durch ihn kommuniziert die Stadt diese Themen glaubwürdig an die lokale Öffentlichkeit sowie landes- und auch bundesweit. So ist Thorsten Krüger Mitglied im Rat der Nachhaltigkeit des Landes Niedersachsen.

Oftmals sind es kleine Schritte, die schon eine große Wirkung erzielen, zum Beispiel plastiktütenfreie Tage, Ausrichtung von fairen und regionalen Frühstückstücken, Vorlesetage in Kindertageseinrichtungen. Geestlands Leitspruch von Giuseppe Mazzini gilt auch für den Bereich Nachhaltigkeit: „Das Geheimnis des Könnens liegt im Wollen.“

Die Stadt Geestland sieht die stetig wachsende Vielfalt der Gesellschaft, beeinflusst durch Globalisierung, Flucht und den demografischen Wandel, als Chance für ihr nachhaltiges Handeln. Vielfalt ist bunt und beinhaltet viele unterschiedliche Fähigkeiten, Talente, Ideen und eröffnet Chancen für innovative und kreative Lösungen. Diese Potenziale nutzt die Stadt als Vorteil für sich. Zum Beispiel mit der „Flüchtlingsfirma ‚Anpacken‘“, ein Projekt in Zusammenarbeit mit der Arbeiterwohlfahrt Bremerhaven. Als Stadt ohne Zentrum (16 Ortschaften, verteilt auf 356 Quadratkilometer) ist es besonders wichtig, in den Ortschaften lokale Identifikation zu erhalten und gleichzeitig die Selbstwahrnehmung der Menschen als Bürgerinnen und Bürger der Stadt Geestland zu stärken gemäß dem Motto: „WIR in Geestland – eine starke Gemeinschaft“.

Der ganzheitliche Ansatz in Sachen Nachhaltigkeit, der in Geestland verfolgt wird, ist auch außerhalb der Stadtgrenzen nicht unbemerkt geblieben. Nach der Top-3-Nominierung 2016 stand Geestland 2017 „durch ihre mit Leidenschaft und Kreativität gestaltete Nachhaltigkeit“, so die Begründung der Jury, beim Wettbewerb um den „Deutschen Nachhaltigkeitspreis“ ganz oben auf dem Treppchen und darf

nun den Titel „Deutschlands nachhaltigste Stadt mittlerer Größe 2018“ führen. Ein großer Erfolg für die Stadt, vor allem wenn man noch die oftmals deutlich bessere finanzielle Ausstattung einiger Mitbewerber zum Vergleich heranzieht. Damit nicht genug. Auch der Sonderpreis der Jury des „Deutschen Lokalen Nachhaltigkeitspreises ‚Zeitzeichen‘“ ging im vergangenen Jahr an Geestland.

Nachhaltiges Handeln ist im Interesse aller und endet nicht an der Rathaustür oder der Stadtgrenze. Dafür setzt sich Geestland ein.

Kontakt:

Stadt Geestland

Bürgermeister Thorsten Krüger

Sieverner Straße 10

27607 Geestland

Telefon: 04743 937-1510

E-Mail: thorsten.krueger@geestland.eu

Britta Murawski

Telefon: 04743 937-1520

E-Mail: britta.murawski@geestland.eu

www.geestland.eu

3.3 Stadt Gifhorn: Entwicklungspolitisches Projekt mit der Ukraine – ein neuer Weg in der Städtepartnerschaft

Zwischen der ukrainischen Stadt Korsun-Schewtschenkiwskyj mit etwa 25.000 Einwohnerinnen und Einwohnern und der Stadt Gifhorn (ca. 43.000) besteht seit knapp 30 Jahren eine Städtepartnerschaft, die von den Bürgerinnen und Bürgern beider Städte intensiv gelebt wird. Standen zunächst humanitäre Hilfsaktionen für Korsun im Mittelpunkt, prägt bis heute ein reger Austausch von Sport-, Kultur- und Jugendgruppen diese Verbindung. Bemühungen, in der ukrainischen Stadt nachhaltige Projekte auf den Weg zu bringen wie zum Beispiel im Jahr 2003 den Aufbau einer Wäscherei, in der Menschen mit Behinderung arbeiten sollten, blieben im Ansatz stecken. Zu groß waren die rechtlichen Schwierigkeiten, die staatlichen und gesellschaftlichen Vorbehalte. Im Jahr 2000 wurde jedoch für das Korsuner Krankenhaus eine eigene Wasserversorgung realisiert. Eine in der Ukraine ansässige deutsche Firma verlegte dafür eine zwei Kilometer lange Wasserleitung von einem Brunnen bis zum Krankenhaus und baute eine Pumpstation. Das Krankenhaus hätte ansonsten geschlossen werden müssen. Durch dieses Projekt gewannen die Gifhorer umfangreiche Einblicke in die katastrophale Wasserversorgung der Stadt. Korsun bezieht sein Wasser vor allem aus dem Fluss Ros. Die über 60 Jahre alten Wasserleitungen sind völlig marode. Es kommt sehr häufig zu Rohrbrüchen, die das Abschalten der Wasserversorgung zur Folge haben. Ohnehin ist nur etwa die Hälfte aller Häuser an die Wasserversorgung angeschlossen. Viele Menschen versorgen sich aus Ziehbrunnen oder aus Zisternen.



Das Korsuner Wasserwerk. © Rüdiger Wockenfuß

Die Förderung über das sogenannte „Schnellstartpaket Ukraine“³ im Projekt „Kommunale Partnerschaft mit der Ukraine“ von SKEW/Engagement Global bot 2017 die Möglichkeit, ein konkretes Projekt in Korsun anzugehen. Ziel war, entwicklungspolitische Strukturen der Zusammenarbeit aufzubauen bzw. zu festigen, engagierte Akteure in beiden Städten zu vernetzen und somit eine nachhaltige Entwicklung in beiden Kommunen zu fördern. Die Erarbeitung von Bauanträgen und technischen Dokumentationen auf dem neuesten Stand der europäischen Wasserwirtschaft zur Erweiterung des Wasserleitungsnetzes und eine intensive gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Fragen der Ressourcennutzung und des Umweltschutzes in Korsun und in Gifhorn bildeten die beiden Seiten dieses ambitionierten Projektes unter dem Titel „Sauberes Wasser für Korsun“. Die Akzeptanz für das Projekt war in Gifhorn sehr hoch. Das drückte sich darin aus, dass der Rat der Stadt Gifhorn eine Resolution zu diesem Projekt am 12. Juni 2017 einstimmig beschlossen hat.



Pumpstation an der Wasserentnahmestelle am Fluss Ros: Der Geschäftsführer des Gifhorer Wasserwerks Manfred Gades besichtigt die Anlage in Begleitung des Direktors des Korsuner Wasserwerks Mykola Bardadym, des Chefindgenieurs Volodymyr Bereza und der Dolmetscherin Valentyna Dovhopola. © Rüdiger Wockenfuß

Im Laufe des Jahres gab es mehrere Begegnungen mit Fachleuten in Korsun, um die Situation vor Ort genau zu analysieren und den Projektumfang zu bestimmen. Nach einer Ausschreibung wurde ein Ingenieurbüro in Tscherkassy beauftragt, die

3 „Schnellstartpaket Ukraine“: <https://skew.engagement-global.de/schnellstartpaket-ukraine.html>.

Planunterlagen zu erstellen. Das geschah in enger Abstimmung mit einem deutschen Ingenieurbüro.



Begehung des Korsuner Wasserwerks durch Manfred Gades, Geschäftsführer des Gifhorer Wasserwerks, in Begleitung des Direktors des Korsuner Wasserwerks Mykola Bardadym, des Chefindgenieurs Volodymyr Bereza und der Dolmetscherin Valentyna Dovhopola. © Rüdiger Wockenfuß

Im Juni 2017 kam eine Expertengruppe aus Korsun zu einer Weiterbildung bei den Gifhorer Wasserwerken sowie an der Technischen Universität Clausthal.

Während dieses Aufenthaltes fand in Gifhorn eine große Wasserkonferenz statt. Die Wirkung des Projektes auf die Bevölkerung in Korsun und Gifhorn war sehr groß. Durch die Gegenüberstellung der Wasserversorgung in den beiden Städten wurde der Gifhorer Bevölkerung deutlich, dass unsere luxuriöse Wassernutzung keine Selbstverständlichkeit ist und wir mit den Ressourcen so sparsam wie möglich umgehen müssen.

Für die Stadt Korsun ist das Thema sauberes Trinkwasser überaus wichtig. Tausende Menschen warten darauf, an das Wasserleitungsnetz angeschlossen zu werden. Alle Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt hoffen, dass die Qualität des aus dem Fluss gewonnenen Wassers verbessert werden kann und dass die ständigen Rohrbrüche bald der Vergangenheit angehören. Neben den technischen Dokumentationen wurde eine zweisprachige Broschüre erarbeitet, um die Bevölkerung beider Städte über ihre Wasserversorgung gestern, heute und morgen zu informieren. Diese Broschüre wurde bei einer großen Wasserkonferenz im November 2017 in Korsun verteilt, bei der über alle Ergebnisse der Projektarbeit berichtet und diskutiert wurde. Eine solche Art

der Einbeziehung der gesamten Bevölkerung in Entscheidungsprozesse für die Lebensgrundlagen der Menschen war für die Korsuner neu. Die Beteiligung an dieser Konferenz und die Resonanz waren überwältigend.

Die Erwartungen der Menschen zur schnellen Umsetzung der Pläne sind groß. Rat und Verwaltung der Stadt Korsun arbeiten daran, eine Finanzierung aufzubauen, um in diesem Jahr schnell mit den Bauarbeiten beginnen zu können. Dieses Projekt hat mehr neue Probleme zutage gebracht als alte gelöst. Die Abwasserentsorgung ist die Kehrseite der Wasserversorgung. Beide Städte wollen unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Organisationen in Korsun und Gifhorn an diesem lebenswichtigen Thema weiterarbeiten. Dieses entwicklungspolitische Projekt stellt wirklich den Beginn einer neuen Etappe der Städtepartnerschaft dar.



Frau Valentyna Dovhopola bedient den Ziehbrunnen in Korsun. © Rüdiger Wockenfuß

Kontakt:
 Stadt Gifhorn
 Dr. Klaus Meister
 Fachbereichsleiter Fachbereich Kultur
 Marktplatz 1
 38518 Gifhorn
 Telefon: 05371 88-226
 E-Mail: klaus.meister@stadt-gifhorn.de
www.stadt-gifhorn.de

3.4 Landkreis Göttingen: Nachhaltige Regionalentwicklung

Interview mit Dr. Hartmut Berndt, Leiter des Referats Nachhaltige Regionalentwicklung, Landkreis Göttingen. Die Fragen stellte Michael Danner.

Seit wann gibt es das Referat für Nachhaltige Regionalentwicklung?

Das Referat ist entstanden im Zuge der Fusion der Landkreise Göttingen und Osterode im November 2016. Themen mit Nachhaltigkeitsbezug waren vorher jedoch schon wichtiger Bestandteil der Arbeit. Die entsprechenden Stellen waren allerdings im Amt für Bauen und Planen angesiedelt.

Was sind die Aufgaben des Referates für Nachhaltige Regionalentwicklung?

Der Landkreis Göttingen ist seit dem Jahr 2000 LEADER-Region. Das EU-Programm⁴ fördert Projekte, die den ländlichen Raum stärken sollen. Daneben betreuen wir die Themen Klimaschutz, Tourismus und Wirtschaftsförderung. Damit kümmern wir uns um kommunale Querschnittsthemen, die nicht allein einem Fachbereich zugeordnet werden können.

Welche Ziele haben die LEADER-Projekte?

Das LEADER-Programm ist breit angelegt. Ausgangspunkt ist der Strukturwandel im ländlichen Raum. Über LEADER sollen Wege gefunden werden, den ländlichen Raum als attraktiven Lebensort zu sichern. Grundlage für die Förderung ist eine von regionalen Akteuren erarbeitete Entwicklungsstrategie („Regionales Entwicklungskonzept“) und die Gründung einer Lokalen Aktionsgruppe für ihre Umsetzung. Dort sind viele Ehrenamtliche vertreten, unter anderem vom Landvolk, den Umwelt- und Wohlfahrtsverbänden sowie von lokalen Vereinen. Dieses Engagement ist Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung des LEADER-Ansatzes: Mindestens 50 Prozent der Partner müssen aus dem nicht öffentlichen Bereich kommen. Es ist also kein klassisches Förderprogramm, wo alles von Ministerien und Bewilligungsstellen festgelegt wird. Den Akteuren vor Ort wird eine hohe Kompetenz für die Region

zugesprochen. Sie entscheiden, welche Maßnahmen gefördert werden sollen.

Spielen Nachhaltigkeitsaspekte hier eine Rolle?

Die Maßnahmen orientieren sich an den Herausforderungen im ländlichen Raum. Es geht um zukunftsfähige Dorfstrukturen, um die Gestaltung des demografischen Wandels, um Perspektiven für die Landwirtschaft und letztlich das gemeinschaftliche Zusammenleben. Wichtige Themen sind auch die Erhaltung der Infrastruktur, die Nutzung erneuerbarer Energien und die ländliche Mobilität. Das alles sind Querschnittsthemen, die soziale, ökologische und ökonomische Aspekte berühren.

Wichtig ist, dass es um konkrete Projekte geht, über die nachhaltige Entwicklung verstanden und veranschaulicht werden kann. Es geht nicht um das Abarbeiten abstrakter Ziele. Die SDGs müssen mit konkreten Umsetzungsbeispielen erlebbar gemacht werden. Viele Personen sind durch ihre Erfahrungen mit dem Engagement zur „Lokalen Agenda“ Mitte der 90er-Jahre ernüchert. Daher darf man die Menschen nicht überfordern oder zu hohe Erwartungen schüren. Es müssen praktische Anknüpfungspunkte gefunden werden.



Landschaft im Kreis Göttingen. © Dr. Hartmut Berndt

Hat der ländliche Raum besondere Rahmenbedingungen?

Ich glaube, die Sensibilität für Nachhaltigkeit ist in den Dörfern höher als im städtischen Umfeld. Gleichwohl prallen im ländlichen Bereich unterschiedliche Bedürfnisse aufeinander und Zielkonflikte werden deutlich. Das sieht man besonders am Beispiel der Windenergie, die landauf und landab kontrovers diskutiert wird. Sie

4 „Liaison entre actions de développement de l'économie rurale“ (LEADER). Nähere Informationen zu diesem Programm der Europäischen Union (EU) auf den Seiten der Deutschen Vernetzungsstelle Ländliche Räume: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/regionen/leader.

hat eine globale Bedeutung zur Verminderung des Klimawandels. Ihre vor Ort erlebbaren negativen Auswirkungen sind deutlich geringer als die Folgen der herkömmlichen Energienutzung für Menschen in anderen Kontinenten. Diese Sichtweise geht jedoch in den oft sehr emotionalen Konflikten vor Ort unter. Hier gibt es noch Bedarf an neuen Formen und Argumenten der Kommunikation und des Dialogs, die die lokale und die globale Ebene unserer Energienutzung darstellen. Hilfreich wären hier klarere Rahmenbedingungen, die von Land und Bund gesetzt werden. Nur ein Beispiel: Windkraftanlagen sind de facto existenzsichernde Vorhaben. Dennoch werden sie durch lokale Betroffenheit häufig verhindert, während dem Bau von Autobahnen per Gesetz eine so hohe Priorität eingeräumt wird, dass Umweltbelange in der Abwägung in der Regel keine Chance haben.

Gibt es gute Beispiele für ein lokales Engagement?

Im Landkreis sind sechs Bioenergiehöfe entstanden, die von neu gegründeten Genossenschaften umgesetzt wurden. Die Herausforderung war, im Vorfeld Menschen zu finden, die bereit sind, sich von ihren alten Heizungen zu trennen und ca. 10.000 Euro in ein neues Projekt mit einem Gesamtvolumen von bis zu zehn Millionen Euro zu investieren, das sich vielleicht erst nach zehn Jahren amortisiert. Voraussetzung für eine Umsetzung war, dass mindestens die Hälfte der Dorfbewohner bei dem Projekt mitmacht. Das ist in allen Fällen gelungen. Hier spielten die Bürgermeister und andere engagierte Personen als Motoren eine sehr wichtige Rolle. In sehr guter Erinnerung ist mir der Satz eines Bürgermeisters an die Dorfbewohner: „Ich will meinen Enkelkindern mit gutem Gewissen in die Augen schauen, daher müssen wir selber vor Ort einen Beitrag für eine zukunftsfähige Energieversorgung leisten!“ Ohne die direkten Kontakte und glaubwürdige Vorbilder geht es kaum.

Ist dann auch die Partizipation der Bevölkerung auf dem Land einfacher?

Wichtig ist, dass Partizipation nicht nur als Alibi verstanden wird und entwickelte Ideen in der Schublade verschwinden. Es muss eine Entscheidungskompetenz in die Akteurebene gegeben werden, was nicht ganz einfach ist, da ja auch die Kommunalparlamente ihre Berechtigung haben. In den Bioenergiehöfen wurden viele Menschen aktiv, die vorher nicht engagiert waren. Dies ergab

auch spannende Kombinationen aus Neubürgern – den sogenannten Zugezogenen – und Alteingesessenen mit sehr unterschiedlichen kulturellen Hintergründen und Erfahrungen. Jedoch verändert sich das Engagement auch auf dem Dorf. Viele jüngere Menschen haben keine Lust, sich in einem Verein für 30 Jahre als Vorsitzender zu binden. Sie engagieren sich in Bereichen, die ihnen in dem Moment Spaß machen. Insgesamt müssen wir aber beachten, dass das ehrenamtliche Engagement Einzelner nicht überfordert wird. Die Verantwortung und der zeitliche Aufwand der in den Bioenergiehöfen engagierten Menschen waren beispielsweise extrem hoch.



Bioenergiehof Jühnde. © Dr. Hartmut Berndt

Wie groß ist der Handlungsspielraum der regionalen Ebene?

Das Problem ist, dass die „große Politik“ widersprüchlich in ihren Botschaften und Rahmenbedingungen ist. Man freut sich über hohe Zulassungszahlen bei den Pkws, dennoch sollen die Emissionen im Verkehr sinken. Damit tut sich dann auch die kommunale Ebene schwer. Aber sie kann dennoch Anreize geben und Ideen für bessere Rahmenbedingungen vorschlagen. Die Mobilität ist für die Existenz von Dörfern wichtig. Für E-Mobilität bieten sich gute Chancen, da die Entfernungen überschaubar sind. Mit einem Wettbewerb im Rahmen eines Kooperationsprojektes verfolgen wir die Idee eines elektrischen Carsharing-Dorf-Autos.

Für viele innovative Projekte wie beispielsweise den Transport von Lebensmitteln durch ÖPNV-Busse gibt es Hürden bei der Genehmigung. Unzählige detaillierte Regelungen hemmen gute Ideen. Das reicht von Vorgaben für Bürgerbusse

und Schlachthöfe bis hin zu hygienerechtlichen Bestimmungen beim Verkauf von selbst gebackenem Kuchen auf Dorffesten. Die Politik muss hier deutlich flexiblere Rahmen schaffen.

Wie lassen sich die lokale und die globale Ebene im ländlichen Raum miteinander verknüpfen?

Ein Beispiel, wo das deutlich wird, ist die regionale Vermarktung von landwirtschaftlichen Produkten, die Parallelen zum Fairen Handel aufzeigt. Es geht darum, einen in den Produkten nicht sichtbaren Wert der Regionalität angemessen zu bezahlen. Der ist ja zudem auch oft verknüpft mit kleineren Höfen, weniger Tiertransporten und einem naturnäheren Anbau von Lebensmitteln. Insgesamt geht es um eine höhere Wertschätzung für Lebensmittel und jene, die die Lebensmittel herstellen. Das kann über die bewusstere Ernährung und eine bewusstere Landwirtschaft thematisiert werden.

So hat die Massentierhaltung im ländlichen Raum global negative Auswirkungen, zum Beispiel durch den Eiweißfutteranbau in anderen Kontinenten. Diese Diskussionen finden bislang nur im Ansatz statt. Ein schönes Beispiel sind Projekte der Solidarischen Landwirtschaft. Dort tragen die beteiligten Personen die Kosten bzw. das Risiko eines landwirtschaftlichen Betriebs, wofür sie im Gegenzug dessen Ernteertrag erhalten. Das führt auch zu der Erkenntnis, dass nicht alle Lebensmittel immer zur Verfügung stehen müssen. Hier sehe ich durchaus auch einen Bewusstseinswandel. So werden Landwirte, die eine artgerechtere Haltung ihrer Tiere umsetzen, dafür entsprechend honoriert. Das war vor 20 Jahren noch nicht der Fall.

Kann der Landkreis hier steuernd oder fördernd einwirken?

Ja, indem er Pilotprojekte unterstützt. Das machen wir zum Beispiel mit dem Vorhaben, im Landkreis eine mobile Käserei aufzubauen, als Reaktion auf die niedrigen Milchpreise. Um dem Preisverfall entgegenwirken zu können, benötigen die Bauern eigene regionale Vermarktungswege für ihre Milchprodukte. Beim Beispiel der mobilen Käserei wird die Milch auf dem landwirtschaftlichen Betrieb zu Käse verarbeitet. Die Molke bleibt im Betrieb, der Käse wird in einem zentralen Lager gereift und anschließend vom Betrieb selber vermarktet. Das LEADER-Regionalmanagement und der Landkreis übernehmen hier eine moderierende Rolle und unterstützen das Vorhaben in der Startphase.

Insgesamt führt das Projekt zu kürzeren Wegen, regionaler Wertschöpfung und fairen Preisen für die Landwirte.

Wo sehen Sie weitere wichtige Themen für die Zukunft?

Wir haben zwar auf dem Land noch keine massive materielle Armut, aber oft eine soziale Verarmung dadurch, dass wichtige Infrastruktur wegbricht. Es gibt viele Ansätze von Vereinen, dieser Entwicklung entgegenzuwirken, zum Beispiel durch die Organisation eines gemeinsamen Mittagessens, die Schaffung neuer Begegnungsorte oder die Unterstützung von Dorfläden.

Der Einbruch der Immobilienpreise auf dem Land kann Einzelne jedoch auch in eine finanzielle Notlage bringen, weil mit dem Preisverfall eine Säule der geplanten Altersversorgung nahezu komplett wegbricht. Daher ist es wichtig, die Gebäude zukunftsfähig auszubauen, zum Beispiel barrierearm, und altersgerecht zu modernisieren. Darüber hinaus sind Angebote zur Förderung von gemeinsamem bzw. Mehrgenerationenwohnen denkbar. Die Akzeptanz dafür ist noch nicht sehr groß, aber wir werden uns diesem Thema stärker widmen müssen und uns dafür mehr in die einzelne Situation der Menschen hineinversetzen müssen.

Ein weiterer Aspekt wird die Integration von Flüchtlingen sein. Der Landkreis Göttingen hat ja mit dem Aufnahmelager Friedland eine lange Integrationsgeschichte. Dort startete vor Kurzem das Projekt „Friedlandgarten“, in dem die Bevölkerung aus Friedland und der Region gemeinsam mit Flüchtlingen einen Garten betreibt. Dadurch entstehen Kontakte, Beschäftigungsmöglichkeiten und Anlässe, um Sprachbarrieren zu verringern. Und vielleicht auch Interesse von Flüchtlingen, im ländlichen Raum zu leben.

Kontakt:

Landkreis Göttingen

Dr. Hartmut Berndt

Leiter Referat Nachhaltige Regionalentwicklung

Kreishaus Göttingen

Reinhäuser Landstraße 4

37083 Göttingen

Telefon: 0551 525-2422

E-Mail: berndt@landkreisgoettingen.de

www.landkreisgoettingen.de

3.5 Landkreis Hameln-Pyrmont: Fair Trade im Landkreis, nachhaltige Beschaffungsrichtlinie

Nachhaltigkeit auf vielen Schultern: Bewusstseinsänderung in der Verwaltung braucht langen Atem

Im Juli 2012 beschloss der Kreistag des Landkreises Hameln-Pyrmont eine nachhaltige Beschaffungsrichtlinie, die festlegt, dass „die Kreisverwaltung Hameln-Pyrmont alle Anstrengungen unternimmt, bis zum Jahr 2020 100% seiner Ausschreibungen im eigenen Wirkungskreis ökologisch nachhaltig zu gestalten.“



„Faires Frühstück“ für Lehrerinnen und Lehrer.
© Landkreis Hameln-Pyrmont

Um mit gutem Beispiel voranzugehen und aus der Verantwortung heraus, Ausgaben vernünftig und mit weit gestreutem Nutzen zu tätigen, sollen künftig neben der Wirtschaftlichkeit auch die Kriterien Ökologie und soziale Fairness bei allen Verwaltungsentscheidungen Berücksichtigung finden.

Die Richtlinie legt fest, dass bei der Bewertung von Angeboten neben den Kriterien Preis und Qualität auch andere Qualitäten einbezogen werden, zum Beispiel Umwelteigenschaften, Betriebskosten, Energieeffizienz und soziale Produktionsbedingungen. Bei Energie verbrauchenden Geräten sind neben den Anschaffungskosten auch die Kosten für den Energieverbrauch und die Entsorgungskosten zu berücksichtigen (Lebenszykluskosten). Bei der Ausschreibung von Dienstleistungen ist die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnorm zu

garantieren.⁵ In der Richtlinie kommt der Beschaffung von Produkten aus Fairem Handel eine besondere Bedeutung zu: Grundsätzlich wird bei allen Veranstaltungen und Sitzungen im Kreishaus sowie des Kreistages nur fair gehandelter Kaffee, Tee oder Orangensaft ausgeschenkt und bei Ausschreibungen ist zu prüfen, ob es qualitativ gleichwertige Produkte aus Fairem Handel gibt. 2013 wurde Hameln-Pyrmont als „Fairtrade-Landkreis“ zertifiziert. 2015 wurde der Titel bis zum Jahr 2019 erneuert.

Seitdem hat die Umsetzung der nachhaltigen Beschaffungsrichtlinie nicht zu einer Kostensteigerung geführt, da eventuell höheren Anschaffungskosten Einsparungen im Ressourcenverbrauch (zum Beispiel Betriebs- und Entsorgungskosten), bei den Wartungskosten und Ausgaben für Dienstleistungen gegenüberstehen und Ersatzbeschaffungen grundsätzlich überdacht werden. So werden nur Druck- und Hygienepapiere aus Recyclingmaterial mit dem Umweltzeichen „Blauer Engel“ eingekauft. Das Papiervolumen konnte erheblich reduziert werden, beispielsweise durch verstärkte Nutzung der elektronischen Medien: Das „Amtsblatt“ gibt es längst nicht mehr als Papierversion, sondern nur noch als Veröffentlichung im Internet. Der papierintensive Sitzungsdienst wurde durch ein elektronisches Kreistagsinformationsportal und iPads für alle Kreistagsabgeordnete ersetzt. Auf Arbeitsplatzdrucker wird auf der Basis eines modernen Druckerkonzeptes zugunsten von zentralen, leistungsfähigen und energieeffizienten Lasermassendruckern verzichtet. Seit 2012 wird europaweit für alle Kreisliegenschaften ausschließlich Ökostrom, nachgewiesen über RECS-Zertifikate, ausgeschrieben. Die Nutzung, die Anzahl und der Verbrauch kommunaler Dienstwagen konnten durch die Anschaffung von Dienstfahrrädern und

5 Weitere Informationen zu den Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) finden sich im rechtswissenschaftlichen Gutachten von Zielkow, Jan, Faires Beschaffungswesen in Kommunen und die Kernarbeitsnormen (Dialog Global Nr. 42), hrsg. von Engagement Global/SKEW, abrufbar unter: <https://skew.engagement-global.de/dialog-global/dialog-global-nr-42.html>. Außerdem hat die SKEW in der Reihe „Dialog Global“ (Nr. 45) 2017 einen Praxisleitfaden zum Thema „Nachhaltig Einkaufen im Rathaus“ erstellen lassen, abrufbar unter: <https://skew.engagement-global.de/dialog-global/dialog-global-nr-45.html>.

Pedelecs für Pendelverkehre und kurze Dienstwege nachhaltig verringert werden.

Diese Erfolge sind das Ergebnis eines breit angelegten, partizipativen und transparenten Prozesses in der Kreisverwaltung. Der Landrat hat das Thema Nachhaltigkeit zur Chefsache erklärt und bereits 2011 eine interdisziplinäre und dezer-natsübergreifende AG Klimaschutz gegründet, zu der Leiterinnen und Leiter aus Schlüsselämtern (Informationstechnologie, Zentrale Dienste, Rechnungsprüfungsamt, Bauverwaltung, Facility-Management, Kreisabfallwirtschaft etc.) per Landratsanweisung dienstverpflichtet wurden.



Schülerinnen und Schüler der Handelslehranstalt Hameln werben alljährlich in Supermärkten für fair gehandelte Produkte.
© Kathrin Schaper

Aufgabe der AG-Mitglieder ist es, das Verwaltungshandeln auf Nachhaltigkeit und Energieeffizienz zu überprüfen. Dafür werden Konzepte, Ideen und Schulungen entwickelt, die den Umgang mit Ressourcen verbessern. Die stetige Kommunikation findet statt durch Information auf Augenhöhe, Feedback und die Forcierung von Verbesserungsvorschlägen: „Veränderungen werden nicht von oben diktiert, sondern im Team entwickelt.“

Kommunale Verwaltungen können ihrer Vorbildrolle nur gerecht werden, wenn sie auch die Verbräuche in den eigenen Verwaltungsgebäuden senken. Hierfür sind unter anderem Energiespar-kampagnen in der Verwaltung geeignet. „Daher galt es auch am Arbeitsplatz, den Blick für die Ressourcenschonung zu schärfen, gewohnte Verhaltensweisen zu verändern und die Beschäftigten dazu zu bewegen, unnötige Verbräuche zu vermeiden“, erklärt Landrat Tjark Bartels seine

Intention. Allein durch das bewusste Verhalten der Beschäftigten konnten mehr als 5 Prozent Strom, 26 Prozent Heizenergie, 11 Prozent Wasser und über 34 Prozent CO₂ eingespart werden.

Aber nachhaltiges Denken muss erlernt und regelmäßig trainiert werden. Daher ist die Sensibilisierung der Beschäftigten ein wichtiger Baustein des Nachhaltigkeitsmanagements. Dies geschieht durch Schulungen, Wettbewerbe, Aktionstage und eine crossmediale Informationsarbeit, die den Austausch sicherstellt und stetige Motivation ermöglicht.

Anfängliche Skepsis bis Ablehnung bei der Mitarbeiterschaft aus Angst vor Mehrbelastung oder Konfrontation mit Neuem hat sich im Laufe der Kampagne in (begeistertes) Interesse verwandelt. Indikatoren hierfür sind die Beteiligung an Maßnahmen und am Vorschlagswesen ebenso wie die Einträge im elektronischen Gästebuch und der Besuch der Aktionstage. Neben den positiven Auswirkungen auf den Energieverbrauch und die Kosten hat die gemeinsame Aufgabe die Mitarbeiterschaft zusammengeschweißt und das Wirgefühlgestärkt. Alle haben gemeinsam auf Augenhöhe an Kampagnen und Verbesserungen gearbeitet.

Die AG Klimaschutz ermöglichte der Kreisverwaltung einen guten Start: Vieles konnte erreicht werden. Doch Stillstand ist Rückschritt: Nachhaltige Verhaltensänderungen bedürfen immer neuer Herausforderungen und Bestätigungen. „Gerade in größeren Verwaltungseinheiten ist Ressourcen-, Strom- und Heizenergiesparen ein dauerhaftes Mannschaftsspiel, bei dem viele unterschiedliche und immer wieder neue Akteure eingebunden und langfristig motiviert werden müssen. Dazu kommt die ständige Personalfuktuation. Damit sich der Erfolg des Erreichten zur Gewohnheit entwickelt, ist ‚Dranbleiben‘ erforderlich“, betont Landrat Bartels.

Mit direkten Ansprachen, Mitarbeiter-rundschreiben, Veröffentlichung der Verbrauchsdaten, Aktionstagen, einer attraktiven Vorschlags- und Ideenbörse, einem aktuellen Intranet, das fachliche Unterstützung bei Ausschreibungen bietet, sowie regelmäßigen Energierundgängen kann es gelingen, das Engagement der Beschäftigten nachhaltig zu beeinflussen und zu erhalten.

Wichtig dabei ist, dass sich der „Chef der Verwaltung“ an die Spitze der Bewegung stellt, mit gutem Beispiel glänzt und in regelmäßigen Mitarbeiter Rundschreiben zu unterschiedlichen Schwerpunkten alle Beschäftigten auffordert mitzumachen, mitzudenken und sich einzubringen. Zudem sollte die Verwaltungsspitze Wettbewerbe und Prämierungen persönlich vornehmen, um die Wertschätzung des Engagements deutlich zu machen. Preise wie freie Tage, fair gehandelte Präsentkörbe, Energiemessgeräte oder etwa vegane Kochbücher können dabei einen Doppelnutzen erfüllen. Um Kompetenz zu bündeln und weiterzuentwickeln, wäre langfristig ein zentrales Beschaffungswesen als Dienstleister für alle Abteilungen in der Kommunalverwaltung von großem Vorteil.



Vegan bietet Abwechslung. © Landkreis Hameln-Pyrmont

Neben dem verwaltungsinternen Nachhaltigkeitsmanagement engagiert sich der Landkreis Hameln-Pyrmont auch international. Gemeinsam mit der gemeinnützigen Klimaschutzagentur Weserbergland (KSA) wurde eine kommunale Klimapartnerschaft mit dem Distrikt Alfred Nzo in der südafrikanischen Provinz Eastern Cape geschlossen. Der Landkreis sieht sich in der Verantwortung, die Erfahrungen im Bereich Klimaschutz zu teilen und sich so für eine global nachhaltige Entwicklung auch jenseits der Kreisgrenzen zu engagieren. Die zweijährige Projektpartnerschaft wird von der Servicestelle von Engagement Global in Kooperation mit der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW (LAG 21 NRW) begleitet.

Die Themen Klimaschutz und Klimaanpassung werden systematisch und nachhaltig in die kommunale Partnerschaftsarbeit integriert. Ziel ist es, gemeinsam konkrete Handlungsprogramme mit

Zielen, Maßnahmen und zugewiesenen Ressourcen für Klimaschutz und Klimaanpassung zu erarbeiten, die im Anschluss an das Projekt umgesetzt werden sollen. Darüber hinaus gilt es, möglichst viele Akteure aus unterschiedlichen Bereichen in die internationale Partnerschaft einzubeziehen, zum Beispiel Bildungseinrichtungen, Unternehmen sowie weitere Fachleute aus den Bereichen Energieeffizienz und Klimaschutz.

Außerdem wurde der Landkreis Hameln-Pyrmont als eine von bundesweit sieben Modellkommunen im Projekt „Qualifizierung von syrischen Geflüchteten in deutschen Kommunalverwaltungen“ ausgewählt. Mit Unterstützung der „Servicestelle Kommune eine Welt“ werden im Jahr 2018 Qualifizierungsmaßnahmen für syrische Geflüchtete ämterübergreifend umgesetzt. Ziel ist es, Geflüchtete auf eine Mitgestaltung am zukünftigen Wiederaufbau kommunaler Strukturen in Syrien vorzubereiten. Schwerpunkte sollen, neben allgemeinen Verwaltungstätigkeiten, Einblicke in die Demokratieförderung, das Quartiersmanagement sowie die bürgernahe Verwaltung bilden. Auch hierbei soll für das Thema Nachhaltigkeit sensibilisiert werden.

Kontakt:

Landkreis Hameln-Pyrmont

Amt für Wirtschaftsförderung/Regionale Entwicklung ÖPNV

Christiane Lampen

Süntelstraße 9

31785 Hameln

Telefon: 05151 903-9311

Fax: 05151 9036-9311

E-Mail: christiane.lampen@hameln-pyrmont.de

www.hameln-pyrmont.de

3.6 Landeshauptstadt Hannover auf dem Weg zur Nachhaltigkeit

„In Hannover wird nachhaltige Stadtentwicklung gelebt. Die niedersächsische Landeshauptstadt kombiniert bei der Bewältigung ihrer Zukunftsaufgaben eine integrierte und strategische Herangehensweise mit vielfältigen, kreativen Praxisprojekten und einer ausgeprägten Beteiligungskultur. Rat und Verwaltung unterstützen das breite Engagement und setzen Nachhaltigkeit in beeindruckender Weise als Querschnittsaufgabe um“, heißt es in der Begründung der Jury der Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis. Für dieses Engagement wurde die Landeshauptstadt Hannover als „Deutschlands nachhaltigste Großstadt 2018“ ausgezeichnet.



Diskussion: „Mein Hannover 2030“ – Erste Stadträtin Sabine Tegtmeyer-Dette im Dialog mit Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft und Umwelt. © Thomas Langreder

Mit Blick auf die Herausforderungen für eine nachhaltige Stadtentwicklung führt Oberbürgermeister Stefan Schostok aus: „Für eine gemeinsame, lebenswerte Zukunft wird es sehr entscheidend sein, wie sich insbesondere auch die Städte aufstellen werden. Den Herausforderungen einer wachsenden Stadt begegnet Hannover mit einer sozial gerechten und ökologisch orientierten Stadtentwicklung, bei der das enge Zusammenwirken von Stadtgesellschaft, Verwaltung und Politik eine entscheidende Rolle spielt.“

Politische Selbstverpflichtung

Die Umsetzung des Leitbildes Nachhaltigkeit ist in Hannover seit vielen Jahren ein fortwährender Prozess. Das hohe politische Commitment zeigt

sich in der Kontinuität und Vielzahl der politischen Beschlüsse:

- 1995 Unterzeichnung der „Charta von Aalborg“
- 1996 Einrichtung Agenda 21-Büro
- 2006 Unterzeichnung „Aalborg-Commitments“
- 2009 Ratsbeschluss zu den Millenniumsentwicklungszielen und zur Fairen Beschaffung
- 2013 Ratsbeschluss zur Einrichtung einer Stelle für Faire Beschaffung und „Bildung für nachhaltige Entwicklung“
- 2016 Zeichnung der Musterresolution „2030 – Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas und des Deutschen Städtetages sowie Verpflichtung zu deren Umsetzung

Gemeinsame Visionen und strategische Ziele

Die Nachhaltigkeitsprinzipien Ganzheitlichkeit, Generationengerechtigkeit, globale Verantwortung und Partizipation sind handlungsleitend und finden sich in den Zielen, Programmen und Maßnahmen der einzelnen Themenfelder wieder. Sie berücksichtigen die soziale, ökonomische, ökologische und zunehmend die kulturelle Dimension gleichermaßen. Deutlich wird dies besonders im integrierten Stadtentwicklungskonzept „Mein Hannover 2030“. Das Querschnittsthema Nachhaltigkeit wurde dabei mit fünf Strategien aufgenommen:

- „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ fördern
- Bürgerschaftliches Engagement für nachhaltige Entwicklung ermöglichen
- Nachhaltige Lebensweisen in den Mittelpunkt rücken
- „Global denken, lokal handeln“: Umsetzung der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“
- Integriertes Nachhaltigkeitsmanagement etablieren

Kapazitätsaufbau und Implementationsmechanismen

Seit 2013 hat sich das neu strukturierte Agenda 21- und Nachhaltigkeitsbüro, das als Stabsstelle bei der Ersten Stadträtin und Wirtschafts- und Umweltdezernentin angesiedelt ist, auf insgesamt sechs Mitarbeitende ausgeweitet – weitestgehend durch Bündelung von Aufgaben und die Schaffung einer neuen Stelle für Fairen Handel. Das Büro hält ein umfassendes Angebot zu „Bildung für

nachhaltige Entwicklung“ bereit, regt Initiativen zu nachhaltigem Konsum und Fairem Handel an, koordiniert Projekte zu globalen Partnerschaften, unterstützt das bürgerschaftliche Engagement und fördert die Vernetzung. Eine weitere Querschnittsaufgabe ist es, innerhalb der Verwaltung Strategien eines integrierten Nachhaltigkeitsmanagements zu entwickeln und sich dazu mit anderen Kommunen und Akteuren auszutauschen.



Rathaus: „Autofreier Sonntag“ mit über 240 Akteure und 120.000 Besucherinnen und Besuchern. © Franz Bischof

Horizontale Integration in der Verwaltung

„Jede Stadt geht ihren eigenen Weg der Integration von Nachhaltigkeit in das Verwaltungshandeln“, erläutert die Erste Stadträtin und Wirtschafts- und Umweltdezernentin Sabine Tegtmeyer-Dette. Die Handlungsfelder der Nachhaltigkeit in allen Dimensionen werden in der Landeshauptstadt fortwährend – auch im Hinblick auf die globale Verantwortung – weiterentwickelt. „Nachhaltiges Handeln schlägt sich“, so Tegtmeyer-Dette weiter, „in der Landeshauptstadt Hannover in vielen kommunalen Bereichen nieder: in der Sicherung der hohen Lebens- und Freiraumqualität, im Erhalt der Artenvielfalt, in der Umsetzung der ehrgeizigen Klimaschutzziele, in der zunehmenden Förderung des Fahrradverkehrs, in der Sicherung des Wirtschaftsstandortes oder der Förderung des Fairen Handels und der nachhaltigen Beschaffung, im Erhalt der Infrastruktur, in der alter(n)sgerechten, inklusiven Quartierentwicklung, der Bereitstellung von (Weiter-)Bildungs- und Kulturangeboten für alle oder in der Integration von geflüchteten Menschen.“

Das Agenda 21- und Nachhaltigkeitsbüro sieht hierbei folgende Aufgaben:

- Regelmäßiger Austausch mit den Fachbereichen in gemeinsamen Routinen, Projekten und Programmen. Dabei SDGs querschnittsorientiert kommunizieren und Bezüge zum Verwaltungshandeln herstellen
- Faire Beschaffung in der Verwaltung implementieren
- Nachhaltigkeitsmanagement ausbauen (zum Beispiel Nachhaltigkeitsindikatoren, Nachhaltigkeitsbericht)
- Fairen Handel und nachhaltige Lebensstile befördern, in kommunalen Partnerschaften voneinander lernen
- Themen der nachhaltigen Entwicklung wie globale, soziale Gerechtigkeit oder nachhaltiges Wirtschaften in die Bildungsarbeit integrieren
- Nachhaltige Veranstaltungen wie „Autofreier Sonntag – Hannovers Klimafest“ etablieren
- Initiativen und Netzwerke aus der Zivilgesellschaft fördern und Beteiligungsstrategien und -formate in der Verwaltung unterstützen
- Nachhaltigkeitsstrategien in erfolgreichen Wirtschaftsprogrammen wie „Ökoprotit Hannover“ etablieren

Nachhaltigkeitskommunikation ausbauen (etwa neuer Internetauftritt www.hannover-nachhaltigkeit.de), Wettbewerbe und Auszeichnungen für Kommunikation nutzen („Deutscher Nachhaltigkeitspreis“, Wettbewerb „Fairtrade-Towns“ etc.)

Exkurs Nachhaltigkeitsbericht

Als ein wichtiger strategischer Baustein im Nachhaltigkeitsmanagement ist 2018 der erste Nachhaltigkeitsbericht der Landeshauptstadt Hannover geplant. Er wird die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – Ökologie, Ökonomie, Soziales, ergänzt um den Bereich Kultur – sowie das übergeordnete Handlungsfeld *good governance* umfassen. Der Bericht wird sich an den nachhaltigkeitsrelevanten Zielen und Indikatoren orientieren und Bereiche aufzeigen, in denen die Landeshauptstadt Hannover konkrete Handlungsfelder hat. Diese basieren auf dem Stadtentwicklungskonzept „Mein Hannover 2030“ sowie den fachbezogenen Handlungsprogrammen, Masterplänen, Ratsdrucksachen, Internetdarstellungen, Monitoringberichten und Städtevergleichsdaten.

Insgesamt wurden zwölf Zielfelder herausgearbeitet, die in ca. 40 Unterziele unterteilt sind und mit insgesamt ca. 80 Nachhaltigkeitsindikatoren versehen werden. Die Inhalte wurden auf der Grundlage der Bewerbung um den „Deutschen Nachhaltigkeitspreis“ 2016/2017 mit allen Dezernten und nahezu allen Fachbereichen und Eigenbetrieben erarbeitet. Weiterhin wird der Bericht Bezug zu den jeweiligen globalen Nachhaltigkeitszielen (SDGs) bzw. deren Unterzielen nehmen.

Vertikale Implementierung

Im Rahmen der überregionalen, nationalen und internationalen Zusammenarbeit pflegt das Agenda 21- und Nachhaltigkeitsbüro den kommunalen Austausch und arbeitet an folgenden überregionalen Fragestellungen mit:

- Interkommunaler Austausch mit anderen Kommunen, darunter Coachingkreis Nachhaltigkeit der SKEW
- „Zukunftscharta EINE Welt – Unsere Verantwortung“ und „Nachhaltige Kommune“ des Deutschen Städtetages, Dialog „Nachhaltige Stadt“ – Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister für nachhaltige Entwicklung in Kommunen
- Stakeholder-Treffen der SKEW
- „Monitor Nachhaltige Kommune“ der Bertelsmann Stiftung
- Interministerieller Arbeitskreis „Nachhaltige Stadtentwicklung in nationaler und internationaler Perspektive“ (IMA Stadt)
- Klima-Bündnis
- „Kommunale Klimapartnerschaften“ der SKEW

Ziel ist es, kohärente Nachhaltigkeitsstrategien auf Bundes-, Länder- und Kommunalebene mitzugestalten und kommunale Belange in entsprechende Gremien einzubringen. Darüber hinaus stärkt und befruchtet der Austausch die gemeinsame Arbeit zur Umsetzung der Nachhaltigkeit auf lokaler Ebene.

Fazit

Die Landeshauptstadt Hannover kann auf eine lange Historie auf dem Weg von der „Lokalen Agenda 21“ zu einer strategischen Ausrichtung der Nachhaltigkeit blicken, die auch noch nicht abgeschlossen ist. Zusammengefasst kann aus Sicht des Agenda 21- und Nachhaltigkeitsbüros gesagt werden, dass die starke politische Selbstverpflichtung, die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und das hohe persönliche Engagement, die Kreativität und Ausdauer einzelner Menschen und Initiativen den Prozess stetig befruchtet haben. Wesentlich für erfolgreiches Arbeiten sind aber auch die Bündelung bzw. der Ausbau von Kapazitäten, die Weiterentwicklung der Strategien im Rahmen des Stadtentwicklungskonzeptes „Mein Hannover 2030“ sowie dessen Umsetzung in Arbeitsprogrammen.

Damit die Kommunen die globalen Nachhaltigkeitsziele umsetzen können, ist allerdings auf EU-, Bundes- und Länderebene verstärkt Unterstützung notwendig durch:

- Kohärente Nachhaltigkeitsstrategien auf allen Ebenen unter Beachtung der Einhaltung der planetarischen Grenzen als Leitplanken des Handelns
- Verknüpfung von Entwicklungspolitik mit den globalen Nachhaltigkeitszielen
- Entwicklung von (Suffizienz-)Strategien zur Umsetzung von SDG 12 („nachhaltige Konsum- und Produktionsweisen“)
- Anpassung der rechtlich-politischen Rahmenbedingungen (zum Beispiel umweltfreundliche Subventionspolitik) an die gesteckten Ziele
- Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsmanagement-Instrumente (insbesondere die statistische Datengrundlage)
- Stärkere Anpassung der Förderkulisse an die Bedürfnisse der Kommunen und der Initiativen vor Ort
- Implementierung des Weltaktionsprogramms „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ in Bildungspläne der Länder
- Breite Kommunikationsstrategie und finanzielle und personelle Unterstützung der Kommunen beispielsweise durch Nachhaltigkeitsbeauftragte



„Fairtrade“: Alles Kakao – Schokolade und Fairer Handel.
© Anna Piquardt

Kontakt:
Landeshauptstadt Hannover
Wirtschafts- und Umweltdezernat
Agenda 21- und Nachhaltigkeitsbüro
Susanne Wildermann
Neues Rathaus
Trammplatz 2
30159 Hannover
Telefon: 0511 168-45078
agenda21@hannover-stadt.de
www.hannover-nachhaltigkeit.de

3.7 Region Hannover: Die SDGs in der Verwaltung – Prozess mit Beteiligung der Mitarbeitenden

Nachhaltigkeit ist seit ihrer Gründung im Jahr 2001 fest in der Organisationsstruktur der Region Hannover verwurzelt. Im Jahr 2010 wurden sieben strategische Ziele aufgestellt, die inhaltlich mit den 17 Nachhaltigkeitszielen (SDGs) verknüpft sind. Eines der Ziele der Region Hannover lautet, Vorbildregion für Klimaschutz und nachhaltiges Handeln zu sein.



Infoveranstaltung mit Prof. Dr. Axel Priebis bei der Eröffnung.
© Glombik

Die Region hat eine starke Hebelwirkung bei der Umsetzung und Förderung der SDGs durch die Aufgaben, die ihr gesetzlich zugewiesen wurden und die sie nunmehr seit 16 Jahren umsetzt. Dadurch hat sie besondere strategische Gestaltungs-, Planungs- und Controlling-Möglichkeiten, die sie für nachhaltige Entwicklung einsetzt. Dazu gehören zum Beispiel ein klimaoptimiertes Raumordnungsprogramm, der „Verkehrsentwicklungsplan pro Klima“, eine Biodiversitätsstrategie, ein Sozialtarif im öffentlichen Personennahverkehr, ein Klimaschutzkonzept für die Verwaltung der Region Hannover, der „Naturparkplan Steinhuder Meer“ und die Wohnraumförderung der „WohnBauInitiative“. Aber auch im Kleinen ist das Engagement wichtig: Bei der Bewirtung von Gästen werden nur nachhaltige, fair gehandelte, regional produzierte oder biologisch produzierte Getränke angeboten.

Nach Unterzeichnung der Resolution des Deutschen Städtetages und der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas „2030 – Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“

im Juni 2016 stellte sich für die Region Hannover die Frage nach dem Status quo der Nachhaltigkeitsaktivitäten in der Verwaltung als Voraussetzung für eine Umsetzung der Agenda 2030.

Zur Erfassung aller bereits stattfindenden oder geplanten Nachhaltigkeitsaktivitäten in der Verwaltung und ihres Bezuges zu den SDGs wurde deshalb im Frühjahr 2017 mit externer Begleitung eine Studie zur Vorbereitung eines Nachhaltigkeitsberichtes durchgeführt. Der Prozess war vierstufig. Er wurde partizipativ und ressourcenschonend in freiwilliger Zusammenarbeit mit insgesamt 51 Beschäftigten aus 27 Organisationseinheiten durchgeführt.

Der erste Schritt bestand – zur zeitlichen Entlastung der Beschäftigten – in einer Literatur- und Internetrecherche des beauftragten Büros, das alle Programme, Projekte und Verwaltungsdrucksachen zum Thema Nachhaltigkeit erfasste und deren Inhalte den SDGs und ihren Unterzielen zuordnete.



Mitarbeitende bei der Bewertung der Vorschläge.
© mensch und region

Als zweiter Schritt wurde eine Informationsveranstaltung zur Agenda 2030 für alle Mitarbeitenden der Verwaltung durchgeführt. Das Global Policy Forum und der Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen informierten über globale, nationale und niedersächsische Aspekte der Agenda 2030. Außerdem wurden den Teilnehmenden die ersten Ergebnisse der Recherchen präsentiert, sodass sie Gelegenheit hatten, sie zu bewerten und zu kommentieren.

Der zuständige Dezernent für Umwelt, Planung und Bauen Prof. Dr. Axel Priebes eröffnete die Veranstaltung mit folgenden Worten: „Die Region Hannover ist von allen Zielen der Agenda 2030 direkt betroffen und im Bereich Nachhaltigkeit bereits sehr aktiv. Um die engagierten Ziele der ‚Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung‘ als einem Weltzukunftsvertrag zu erreichen, muss auf allen Ebenen eine ausgewogene Entwicklung unter ökonomischen, ökologischen und sozialen Aspekten erfolgen.“

In einem dritten Schritt fanden vier thematische Workshops statt zu den Themen Frieden, Gerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit und Partnerschaften (SDG 5, 16, 17), Soziales, Jugend, Bildung und Gesundheit (SDG 1 bis 4), Wirtschaftliches, Infrastruktur, Energie und Mobilität (SDG 6 bis 10) und Ökologisches, Raumordnung und nachhaltiger Konsum (SDG 11 bis 15). Sie dienten der Vervollständigung und Präzision der Nachhaltigkeitsaktivitäten.

Zu den Maßnahmen gehört auch eine Aktivität zum globalen Engagement. Die Region Hannover engagiert sich gemeinsam mit der Gemeinde Belén de los Andaquíes in Kolumbien im Rahmen des SKEW-Förderprogramms „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“ (Nakopa).⁶ Ziel des Projektes ist es, ein Kompetenzzentrum für regenerative Energien und Klimaschutz einzurichten. Dieses Ziel wird durch die Installation von Demonstrations- und Lernanlagen zur netzfernen Stromversorgung von weit abgelegenen Kleinbauernhöfen, öffentlichen Einrichtungen und indigenen Ortschaften auf Basis von erneuerbaren Energien ergänzt.

Als besonders wertvoll im Workshop-Prozess war die Abfrage, welche Nachhaltigkeitsaktivitäten den Mitarbeitenden in ihrer Verwaltung aufgefallen und wie ihre Erwartungen daran sind. Hieraus ergaben sich interessante Ergebnisse über als positiv oder negativ empfundene Nachhaltigkeitsaktivitäten sowie eine Wunschliste zum praktischen Umgang mit Nachhaltigkeit in der Verwaltung. Genannt wurden unter anderem:

- Eine Selbstverständlichkeit entwickeln, mit Nachhaltigkeit umzugehen
- Nachhaltigkeit sollte immer wieder benannt werden
- Wirkzusammenhänge müssten stärker aufgezeigt und intensiver kommuniziert werden
- Verändertes Verhalten sollte belohnt werden (dazu Ideen und Vorgehensweisen entwickeln)
- Das Flächenmanagement ist noch mehr mit Nachhaltigkeit zu koppeln
- Partizipation ist außerordentlich wichtig

Erwähnenswert ist, dass der Vernetzungskarakter der Regionsarbeit als Brückenbauer für die Themen und SDGs besonders betont und herausgestellt wurde.

Als letzter und vierter Schritt wurde in Rückkopplung mit den Teilnehmenden der Workshops und den Fachbereichsleitungen aus den Ergebnissen eine Studie zur Vorbereitung eines Nachhaltigkeitsberichtes erstellt.

Im Prozessverfahren haben sich die enge Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung und der Austausch mit der Leitungsebene als sehr wichtig erwiesen, um den optimalen Zugang zu Quellen sowie die Möglichkeit für Nachfragen zu gewährleisten und ein aussagekräftiges Ergebnis zu erzielen.



Mitarbeitende bei der Bewertung der Vorschläge.
© mensch und region

Die Erfassung der Nachhaltigkeitsaktivitäten und ihre Zuordnung zu den SDGs sind wichtige Schritte zur Verknüpfung der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ mit dem Verwaltungshandeln. Die Agenda 2030 konnte bekannt gemacht und das

6 „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“ (Nakopa): <https://skew.engagement-global.de/unterstuetzung-durch-nakopa.html>.

Verwaltungshandeln in einen globalen Nachhaltigkeitskontext gestellt werden. Auf Grundlage der Studie zur Vorbereitung eines Nachhaltigkeitsberichtes erstellt die Verwaltung der Region Hannover derzeit ihren ersten Nachhaltigkeitsbericht. Die Herausforderung für die Zukunft wird sein, den Prozess der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ dauerhaft in der Verwaltung präsent zu halten und das Verwaltungshandeln in einem wechselseitigen Dialog aktiv damit zu verbinden.

Kontakt:

Region Hannover

Klimaschutzleitstelle Region Hannover

Katja Busch

Dezernat III.2

Hildesheimer Straße 17

30169 Hannover

Telefon: 0511 616-22645

Fax: 0511 616-1123261

E-Mail: katja.busch@region-hannover.de

[www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/
Umwelt-Nachhaltigkeit/Nachhaltigkeit/Regionale-
Agenda-2030](http://www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Umwelt-Nachhaltigkeit/Nachhaltigkeit/Regionale-Agenda-2030)



Mitarbeiterin bei der Bewertung der Vorschläge.
© mensch und region

3.8 Gemeinde Juist: Nachhaltiger Tourismus und Klimaakademie

Juist ist mit 1.700 Einwohnerinnen und Einwohnern eine kleine Gemeinde. Den Herausforderungen einer Insel in der Nordsee und im Weltnaturerbe Wattenmeer versuchen wir durch innovative und kreative Nachhaltigkeitsmaßnahmen zu begegnen. Dabei nutzen wir den Wirtschaftsfaktor Tourismus als Katalysator einer nachhaltigen Entwicklung.



Plakat der Kinderuniversität „Nachhaltig Leben“. © Gemeinde Juist

Seit zehn Jahren versuchen wir Juist als Vorreiter im nachhaltigen Tourismus zu positionieren. Dafür ist es notwendig, mit vorbildlichen Projekten zu überzeugen. Mit dem Leitbild eines CO₂-armen Urlaubsortes und der Absichtserklärung des Gemeinderates, bis 2030 klimaneutral zu werden, konnten wir uns sehr erfolgreich positionieren, wie die Auszeichnung mit dem „Deutschen Nachhaltigkeitspreis“ 2015 eindrucksvoll belegt. Die eigene Bevölkerung und unsere Gäste können wir von einer nachhaltigen Entwicklung überzeugen, wenn wir über diesen Weg die Lebensqualität auf der Insel verbessern. Daran arbeiten wir konsequent. Zurzeit erstellen wir gemeinsam mit der Bevölkerung ein „Lebensraumkonzept“ zur Verbesserung der Lebensqualität. Unsere (Stamm-)Gäste beziehen wir ebenfalls über das jährlich tagende „Gäste-Parlament“ in die Entwicklung der

Insel ein. Mit zehn ausgewählten Stammgästen, Ratsmitgliedern und wichtigen Vertreterinnen und Vertretern der Inseln diskutieren wir über die Zukunft und entwickeln Projekte.

Eine zentrale Stellung in unserer Nachhaltigkeitspolitik nimmt der Klimaschutz ein, nicht zuletzt da die Insel durch Sturmfluten und den Anstieg des Meeresspiegels unmittelbar von den Folgen des Klimawandels betroffen ist. Die entwickelten und zum Teil bereits durchgeführten Maßnahmen basieren auf einem „Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept“, das im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit mit Norderney, Baltrum und Norden erarbeitet wurde. Einen Klimaschutzmanager haben wir zum 1. Dezember 2015 gemeinsam mit der Stadt Norden eingestellt, um die geplanten Maßnahmen umzusetzen. Die Projekte „KlimaInsel Juist“ und „Energiewende Juist“ beinhalten umfassende Maßnahmenpakete für Unternehmen, Bevölkerung und Gäste zur Erreichung der angestrebten und für die Insel prioritären Klimaneutralität bis 2030. So wollen wir einen Klimaschutzfonds entwickeln, der aus freiwilligen Abgaben von Gästen gespeist wird. Strom aus regenerativen Quellen nutzt die Inselgemeinde bereits seit Jahren. Der Druck aller Printzeugnisse und der gesamte Postversand geschehen klimaneutral. In unserer Kläranlage setzen wir eine Solartrocknungsanlage ein, mit der wir jährlich 219 Tonnen CO₂ einsparen. Auf unserem Schwimmbad haben wir eine moderne Anlage zur solaren Wassererwärmung errichtet. Für die Straßenbeleuchtung kommen zu 90 Prozent LED-Lampen zum Einsatz.



Insel Juist: Sandstrand mit Strandkörben am Meer.
© Gemeinde Juist

Zum Monitoring der Maßnahmen haben wir 2008 und 2010 jeweils einen CO₂-Fußabdruck erstellt. Dabei wurden der Istzustand und die Nutzungsmöglichkeiten der regenerativen Energien mit Fokus auf Wind, Sonne, Geothermie und Biomasse eruiert. Unsere Insel ist Bestandteil des Nationalparks „Niedersächsisches Wattenmeer“ und des UNESCO-Weltnaturerbes Wattenmeer. Wir sind ein Hotspot der Biodiversität in Deutschland, denn ungefähr ein Viertel der Flora und ein Fünftel der Fauna in Deutschland sind auf den Ostfriesischen Inseln bei 0,03 Prozent der Gesamtfläche beheimatet. Mit dem BUND führen wir die Projekte „Pestizidfreie Kommune“ und „Plastikfreie Inselumwelt Juist“ durch.



Gruppenfoto der Teilnehmenden des „Gäste-Parlaments“. ©Angela von Brill

In diesem Jahr haben wir durch die gemeinnützige Organisation TourCert, die Siegel für Nachhaltigkeit und Unternehmensverantwortung im Tourismus verleiht, eine Nachhaltigkeitszertifizierung erfolgreich durchgeführt. Die drei Säulen der Nachhaltigkeit – Ökologie, Ökonomie und Soziales – wurden genau durchgecheckt. Bei dieser Zertifizierung geht es aber nicht nur um den Status quo, sie markiert vor allem auch den Beginn eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses. Hierfür wurden Projekte entwickelt, die wir zurzeit durchführen. Ein Projekt ist „Juist unplugged“, eine Fahrradtour zu Orten der Nachhaltigkeit auf der Insel wie Müllstation oder Wasserwerk. Ebenso wurde ein Nachhaltigkeitsrat institutionalisiert und ein Nachhaltigkeitsbeauftragter eingesetzt.

Für eine erfolgreiche Zertifizierung sind des Weiteren Partnerbetriebe notwendig, die sich ebenfalls prüfen lassen und sich mit Projekten auf den Weg

zu einer verbesserten Nachhaltigkeit machen. Mit neun Betrieben (Hotels, Pensionen, Ferienwohnungen, Nationalpark-Haus) konnten wir die notwendige Marke von fünf Betrieben überschreiten. Zum Abschluss wurde ein Nachhaltigkeitsbericht erstellt und von TourCert geprüft.



Übergabe des TourCert-Zertifikats (von links nach rechts: Thomas Vodde, Bürgermeister Tjark Goerges, der Niedersächsische Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr Olaf Lies, TourCert-Zertifizierer Peter Zimmer). © Kurverwaltung Juist

Seit fünf Jahren führen wir in den Monaten Juni bis September die Universität „Nachhaltig Leben“ für Kinder im Alter von sechs bis zwölf Jahren durch. Hier wollen wir insulare Kinder und die Kinder unserer Gäste für die Notwendigkeit einer nachhaltigen Lebensweise begeistern. Themen wie Klimaschutz und Klimawandel, Mikroplastik, Gerechtigkeit oder Generationenvertrag werden in lebendiger Weise behandelt. Über diesen Weg erreichen wir nicht nur die Kinder, sondern auch deren Eltern. All dies ist uns für die Entwicklung von Juist zu einem nachhaltigen Ort wichtig.

Kontakt:

Inselgemeinde Juist

Gemeinde und Kurverwaltung Juist

Thomas Vodde

Allgemeiner Vertreter des Bürgermeisters

Strandstraße 5

26571 Juist

Telefon: 04935 809207

E-Mail: marketing@juist.de

<https://oc.gemeinde-juist.de>

3.9 Hansestadt Lüneburg: Das Projekt „Zukunftsstadt Lüneburg 2030+“

Interview mit Dr. Karl-Heinz Rehbein, Nachhaltigkeitsbeauftragter der Hansestadt Lüneburg, und Annika Weiser, die seitens der Leuphana Universität Lüneburg das Projekt „Zukunftsstadt Lüneburg 2030 +“ wissenschaftlich begleitet. Die Fragen stellte Michael Danner.

Was macht die Hansestadt Lüneburg im Rahmen des Projektes „Zukunftsstadt Lüneburg 2030 +“?

Dr. Karl-Heinz Rehbein:

Die Grundidee des vom Bundesforschungsministerium ausgelobten Wettbewerbs ist, dass die Einwohnerschaft zusammen mit der Stadtverwaltung und Forschungseinrichtungen Visionen für eine nachhaltige Entwicklung ihrer Kommune entwickelt und schließlich auch umsetzt. Es geht also im Kern um Bürgerbeteiligung. Das ist der Rahmen, in dem sich auch das Lüneburger Projekt bewegt. Das Besondere an dem Lüneburger Ansatz: In Phase I wurden unter Beteiligung von 750 Studierenden des studiengangübergreifenden Erstsemesters der Leuphana Universität und mit mehr als 200 Paten aus der Stadtgesellschaft insgesamt 25 Visionen für ein nachhaltiges Lüneburg im Jahre 2030 und darüber hinaus entwickelt. Wichtig ist, dass sich die Paten die entwickelten Visionen zu eigen machen und nicht als etwas von außen an sie Herangetragenenes verstehen.

Was für Paten sind das zum Beispiel?

Dr. Karl-Heinz Rehbein:

Wir haben von vornherein Paten aus der Mitte der Stadtgesellschaft angesprochen, Persönlichkeiten, die sich für eine nachhaltige Entwicklung Lüneburgs einsetzen. Entsprechend kommen unsere Paten aus den unterschiedlichsten Bereichen, angefangen bei Mitgliedern der Stadtverwaltung über Akteure aus der Zivilgesellschaft bis hin zum lokalen Einzelhandel.

Wie verläuft die zweite Phase?

Dr. Karl-Heinz Rehbein:

In der Phase II, die jetzt angelaufen ist, sollen die Visionen konkretisiert und mit wissenschaftlichen Methoden auf ihre Machbarkeit überprüft werden. Wir sind mitten in diesem Prozess, aus dem bis Ende 2018 umsetzungsreife Projekte hervorgehen werden.

Können Sie dieses Prüfen anhand eines Beispiels beschreiben?

Annika Weiser:

Ein Schwerpunkt, an dem wir beispielsweise bereits gemeinsam mit Studierenden weiterarbeiten, ist der Bereich der Klimaanpassung. Hier haben wir gezielt alle Visionen noch einmal durchgesehen und die Aspekte gesammelt, die dafür relevant sind. Jetzt prüfen wir, wie die Ausgangsbedingungen und unser Handlungsrahmen in Lüneburg sich gestalten. Welche Projekte gibt es schon, welche gesetzlichen Regelungen müssen wir beachten, was sind die größten Herausforderungen, denen wir begegnen sollten? Wo sind zum Beispiel Windschneisen, die wir erhalten sollten? Parallel erkunden wir Erfolgsgeschichten außerhalb Lüneburgs, die wir vielleicht anpassen und übertragen könnten. In einem Workshop im Herbst werden wir gemeinsam mit Lüneburger Akteuren diese Ideen diskutieren und weiter ausarbeiten, und im Anschluss prüfen wir, welchen Beitrag in Richtung Nachhaltigkeit diese möglichen Veränderungen leisten könnten und ob sie sich überhaupt alle miteinander umsetzen ließen. Wir versuchen also, Zielkonflikte von vornherein auszuschließen.



Lüneburger Platz „Am Sande“. © Hans-Jürgen Wege

Wo sehen Sie die Rolle der Koordinierungsstelle für nachhaltige Entwicklung, die Sie ja innehaben?

Dr. Karl-Heinz Rehbein:

Nachhaltige Entwicklung ist eine dezernatsübergreifende Querschnittsaufgabe, aber nicht nur Angelegenheit der Stadtverwaltung. Das Fehlen eines zentralen Ansprechpartners in der Stadtverwaltung für Fragen der nachhaltigen Entwicklung

wurde gerade von außerhalb als großer Mangel empfunden. Um die Rolle auszufüllen, ist die Fähigkeit erforderlich, transdisziplinär denken und handeln zu können.

Warum sollte sich eine Stadt Ihrer Meinung nach für eine global nachhaltige Entwicklung engagieren?

Dr. Karl-Heinz Rehbein:

Es ist doch klar, dass wir nachhaltige Entwicklung nicht nur auf der lokalen Ebene denken können. Der Klimawandel und die Flüchtlingsströme, um nur zwei Beispiele zu nennen, machen nicht vor den Toren Lüneburgs halt. Wir müssen uns fragen, welchen Beitrag wir lokal für die nationale und die globale Ebene der Nachhaltigkeit leisten können. Deshalb lohnt es auch, die Frage zu stellen, wie wir hier vor Ort konkret mit der Agenda 2030 der Vereinten Nationen umgehen wollen.



Raum in der Leuphana Universität in Lüneburg. © Antje Seide

Wo ist der Mehrwert für eine Stadt bzw. die Bevölkerung?

Dr. Karl-Heinz Rehbein:

Auch wenn es im Alltagsgeschäft manchmal schwierig ist: Die Beachtung der drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – ökonomisch, ökologisch und sozial, und nehmen Sie gerne als vierte Dimension auch noch die Kultur hinzu – hilft, alle Einseitigkeiten in der Stadtentwicklung zu vermeiden. Nur das, da bin ich überzeugt, sichert uns auf mittlere und lange Sicht ein gutes Leben in unserer schönen Stadt.

Welche konkreten Ergebnisse im Projekt gibt es bereits?

Dr. Karl-Heinz Rehbein:

Studierende des Masterstudiengangs Nachhaltigkeitswissenschaften haben die in Phase I entstandene Vision „Lünefood“ weiterentwickelt. Dabei geht es um die Vermeidung von Lebensmittelverschwendung, Wertschätzung von Lebensmitteln und eine Verbesserung der Verzahnung der Stadt mit ihrem Umland in Ernährungsfragen. Diese Arbeiten mündeten konkret in den Vorschlag, in Lüneburg einen Ernährungsrat zu etablieren. Ich bin gespannt auf die nächsten Schritte.

Was sind die Herausforderungen einer Kooperation zwischen Universität und Stadt und wie wird diesen begegnet?

Dr. Karl-Heinz Rehbein:

Gegenseitiges Lernen ist die Herausforderung. Beide Seiten haben sich auf den Weg gemacht.

Annika Weiser:

Das unterschreibe ich direkt! Und wie dieses Lernen funktionieren kann, ist etwas, das wir zum Teil auch erst noch erkunden müssen. Dazu gehört zum Beispiel eine gemeinsame Sprache. Genauso muss stets für alle Beteiligten klar sein, was von ihnen verlangt wird, aber auch, welchen Nutzen das Engagement haben wird. Hier profitieren wir davon, dass die Zusammenarbeit von Hansestadt und Universität bereits seit vielen Jahren sehr eng ist. Das schafft Vertrauen und Verbindlichkeit, und es eröffnet die Möglichkeit, stets aufzubauen auf früheren Ergebnissen.

Wird das Projekt von der Lüneburger Bevölkerung wahrgenommen?

Dr. Karl-Heinz Rehbein:

Unsere Kommunikationsstrategie besteht aus mehreren Teilen. Wie schon in Phase I haben wir für Phase II als Medienpartner die „Landeszeitung für die Lüneburger Heide“ gewinnen können, die fortlaufend über konkrete Ergebnisse berichten wird. Dann haben wir hier in Lüneburg als eingeführtes journalistisches Produkt das Nachhaltigkeitsmagazin „Was zählt.“ Zwei Ausgaben dieses Magazins werden sich speziell dem Projekt „Zukunftsstadt Lüneburg 2030 +“ widmen und als Bestandteil der Samstagsausgabe der Landeszeitung einen großen Kreis von Menschen in Stadt und Umland erreichen. Und dann natürlich die Onlineplattform www.lueneburg2030.de und unseren städtischen Auftritt www.hansestadtlueneburg.de.

Ist das Vorgehen auch auf andere Städte mit Hochschulen übertragbar?

Dr. Karl-Heinz Rehbein:

Phase I des Wettbewerbs war noch sehr auf die Lüneburger Gegebenheiten zugeschnitten. Für Phase II gilt das nicht mehr. Viele Städte verfügen über Forschungseinrichtungen, die sich mit nachhaltiger Entwicklung befassen. Aber es ist natürlich schon ein großes Privileg, dass wir an der Leuphana Universität eine große Fakultät für Nachhaltigkeitswissenschaften haben.

Kann eine Hochschule dauerhaft den Prozess einer kommunalen nachhaltigen Entwicklung befördern? Was ist dabei wichtig?

Annika Weiser:

Ja, unbedingt. Ich würde sogar sagen, dass Universitäten hier eine Verantwortung für die Region tragen. Dabei ist es wichtig, die unterschiedlichen zeitlichen Rahmen, in denen Universitäten und Städte denken und arbeiten, zu beachten. Projektförderung ist oftmals auf wenige Jahre beschränkt, aber Kommunen denken ja viel langfristiger. Hier braucht es also auch ein Umdenken innerhalb der Universitäten, und da hilft der lokale Bezug. Ich glaube, für Lüneburg sind wir da auf einem sehr guten Weg, vor allem deshalb, weil die Stadt diese Gelegenheiten erkannt hat und wahrnimmt. Im Falle des Projekts „2030 +“ ist ja genau das passiert: Die Stadt ist auf die Universität zugekommen, nicht andersherum. Auf die Art und Weise arbeiten wir an den Aspekten, die zukünftig tatsächlich für und in Lüneburg wichtig sein werden.

Haben Sie zukünftig vor, die 17 Nachhaltigkeitsziele in das Projekt zu integrieren?

Dr. Karl-Heinz Rehbein:

In Phase I waren wir noch die Einzigen, die das Projekt „Zukunftsstadt“ bewusst in den übergeordneten Rahmen der Agenda 2030 der Vereinten Nationen gestellt haben. In Phase II werden wir den begonnenen Prozess mit den zwischenzeitlich bundesweit entwickelten Instrumenten verstärkt fortsetzen.

Kontakt:

Hansestadt Lüneburg

Dr. Karl-Heinz Rehbein

Koordinierungsstelle für nachhaltige Entwicklung

Am Ochsenmarkt 1

21335 Lüneburg

Telefon: 04131 309-3473

E-Mail: karl-heinz.rehbein@stadt.lueenburg.de

Leuphana Universität Lüneburg

Fakultät Nachhaltigkeit – „Zukunftsstadt Lüneburg 2030 +“

Annika Weiser, M.Sc.

Universitätsallee 1, C40.209

21335 Lüneburg

Telefon: 04131 677-4038

E-Mail: weiser@leuphana.de

www.lueneburg2030.de



Workshop an der Leuphana Universität. © Leuphana Universität

3.10 Stadt Oldenburg: Klimapartnerschaft und weitere Aktivitäten

Interview mit Dirtje Gradtke, Koordinatorin Internationale Beziehungen der Stadt Oldenburg. Die Fragen stellte Michael Danner.

Welche Aktivitäten führt die Stadt Oldenburg im Rahmen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit durch?

Oldenburg ist in der internationalen Zusammenarbeit breit aufgestellt. Neben den klassischen Partnerschaften sind wir im Bereich kommunaler Entwicklungszusammenarbeit in China und Südafrika tätig. Der Austausch ist in der Regel projekt- und themenbezogen. Seit 2012 hat Oldenburg eine strategische Partnerschaft mit der südafrikanischen Kommune Buffalo City Metropolitan Municipality (BCMM). Diese liegt in Niedersachsens Partnerprovinz Eastern Cape. Die Zusammenarbeit basiert auf einer „Declaration of Intent“, einer Absichtserklärung, die am 29. November 2012 unterzeichnet wurde.



Vor-Ort-Termin im Rahmen einer Entsendung der Klimapartnerschaft im Januar 2015. © Egon Harms

Oldenburg und BCMM haben von 2014 bis 2015 am Programm „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global teilgenommen. Während der anderthalbjährigen Projektlaufzeit wurden ein gemeinsames Handlungsprogramm entwickelt und vier Themengebiete identifiziert, in denen die beiden Kommunen zusammenarbeiten. Es handelt sich um die Themen Umweltbildung, Wassermanagement, erneuerbare Energien und Abfallmanagement, für die jeweils mehrere Projektideen festgehalten wurden.

Bereits erfolgreich abgeschlossen haben Oldenburg und BCMM ein durch Engagement Global gefördertes Nakopa-Projekt⁷ im Bereich erneuerbare Energien/Energieeffizienz. Der Energieverbrauch eines Verwaltungsgebäudes in BCMM wurde mithilfe von neuen und effizienteren Geräten erheblich gesenkt. Durch neu installierte Photovoltaikanlagen und Windräder kann der Energieverbrauch nun zu einem großen Teil am Gebäude selbst produziert werden. Das Projekt lief von Oktober 2014 bis März 2016.

Im Bereich Umweltbildung wird zurzeit ein Holzsteg im Naturschutzgebiet Nahoon River in BCMM renoviert, um das Gelände Schulklassen zugänglich machen zu können. Unterrichtsmaterialien aus dem Oldenburger Umweltbildungszentrum wurden BCMM zur Verfügung gestellt, Schulungen mit Lehrkräften haben bereits stattgefunden.

Von WESSA⁸ entwickelte „Forschersets“ für die Untersuchung von Wasserqualität sollen in Zukunft auch in Oldenburg eingesetzt werden.

Bei den Projekten werden nach Möglichkeit auch Partner eingebunden. So wurde das Nakopa-Projekt zusammen mit dem Bundestechnologiezentrum für Elektro- und Informationstechnik und dem NEXT ENERGY – EWE-Forschungszentrum für Energietechnologie⁹ durchgeführt. Außerdem wird auf das Know-how des Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserverbandes vertraut, mit dem im Bereich Wassermanagement Projekte geplant sind.

In BCMM werden außerdem Nichtregierungsorganisationen wie WESSA oder Bürgervereine an den Projekten beteiligt. In Zukunft sollen auch Bürgerinnen und Bürger in die Projekte mit einbezogen werden. In der Zusammenarbeit legen wir Wert darauf, dass die Themen sowohl in Oldenburg als auch in BCMM behandelt werden, sodass ein Austausch auf Augenhöhe erfolgen kann und auch voneinander gelernt wird. Bei allen Projekten werden auch die jeweiligen Fachämter in Oldenburg und BCMM einbezogen.

7 „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“ (Nakopa): <https://skew.engagement-global.de/unterstuetzung-durch-nakopa.html>.

8 Wildlife and Environment Society of South Africa: <http://wessa.org.za>.

9 Seit Juli 2017: DLR-Institut für Vernetzte Energiesysteme.

Seit über zehn Jahren ist Oldenburg auch in China engagiert. Mit den Städten Xi'an und Qingdao bestehen Kooperationen in den Bereichen Energie, Gesundheit, Gartenbau, Kunst, Bildung und Ausbildung sowie Wirtschaft. Die Stadt Oldenburg unterhält ein Repräsentanzbüro im Sino-German Ecopark in Qingdao, das Oldenburger Unternehmen eine Anlaufstelle für den chinesischen Markt bietet. Am 11. September 2017 wurde die Städtepartnerschaft zwischen Xi'an und Oldenburg im Rahmen einer feierlichen Zeremonie in Oldenburg beurkundet. Mit Qingdao arbeitete Oldenburg 2017 an einem gemeinsamen „ASA-Kommunal“-Projekt¹⁰ in Kooperation mit dem Bundestechnologiezentrum für Elektro- und Informationstechnik im Bereich Softwarelokalisierung und E-Learning.

Warum engagiert sich die Stadt in der kommunalen Entwicklungspolitik?

In einem Ratsbeschluss zur Agenda 2030 von Februar 2016 bekräftigte die Stadt ihr Engagement für die globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen. Die Umsetzung der Agenda 2030 kann nach Meinung der Stadt Oldenburg und auch des Deutschen Städtetags nur mithilfe der Kommunen gelingen. Daher sieht die Stadt es als ihre Pflicht an, durch das eigene Engagement einen Beitrag zur Erfüllung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 zu leisten.

Einige der Ziele beziehen sich direkt auf die partnerschaftliche Arbeit. Hier sind die Beziehungen zwischen Städten greifbar und auf dieser Ebene kann konkret an Projekten gearbeitet werden, während der große Rahmen durch internationale Abkommen und nationale Strategien vorgegeben wird. Globale Probleme lassen sich nur gemeinsam lösen. Die Partnerschaften mit China und Südafrika bieten die Chance, diese Probleme auf kommunaler Ebene anzugehen. Bereits 2015 wurde das internationale Engagement Oldenburgs mit einem Ratsbeschluss gestärkt und so bestätigt, dass der eingeschlagene Kurs beibehalten werden soll.

Welche bisherigen Erfahrungen konnten gemacht werden bzw. wie ist die Resonanz innerhalb der Stadtgesellschaft, innerhalb der Stadtverwaltung und mit den Partnerstädten?

Innerhalb der Stadtverwaltung sind verschiedene Bereiche in die Projekte mit Südafrika involviert. Hier sind vor allem die Fachämter zu nennen, die wertvolle Beiträge leisten können. Die Projektanträge und die Durchführung der Projekte werden im Büro des Oberbürgermeisters koordiniert.

Im gemeinsamen Handlungsprogramm, das im Rahmen der Klimapartnerschaft entwickelt wurde, sind zahlreiche Projektideen aufgelistet, die in den kommenden Jahren umgesetzt werden sollen. Besonders wichtig ist es dabei, die Bevölkerung noch stärker einzubinden und den Nutzen von internationalen Partnerschaften auch für die Menschen vor Ort darzustellen.



Einweihung des Nakopa-Projekts „Modellprojekt Energieeffizienzhaus“ im Oktober 2015 (von links nach rechts: Dipl.-Ing. Thorsten Janßen, Direktor des Bundestechnologiezentrums für Elektro- und Informationstechnik; Prof. Dr. Carsten Agert, Institutsleiter NEXT ENERGY; Alfred Mtsi, Bürgermeister von Buffalo City; Oldenburgs Oberbürgermeister Jürgen Krogmann; Stefan Wenzel, stellvertretender Niedersächsischer Ministerpräsident). © Stadt Oldenburg

Es gibt Ansätze, die Partnerschaft mit Südafrika auch auf den Bereich der Jugendbegegnungen auszuweiten, möglicherweise einen Schüleraustausch zu organisieren. 2015 und 2016 gab es bereits einen Austausch von jugendlichen Triathleten aus Oldenburg und BCMM mit gegenseitigen Besuchen und gemeinsamen Trainings und der Teilnahme an Wettkämpfen. Ein Oldenburger Gymnasium führt seit einigen Jahren erfolgreich einen Schüleraustausch mit Xi'an durch. Es finden regelmäßig gegenseitige Besuche statt. Zudem gibt es Überlegungen, das Angebot des Gymnasiums um das Fach Chinesisch zu erweitern.

¹⁰ „ASA-Kommunal“: www.engagement-global.de/asa-kommunal.html bzw. <https://skew.engagement-global.de/asa-kommunal.html>.

Welche sind die größten Herausforderungen in der internationalen Zusammenarbeit mit den kommunalen Partnern?

Die größten Herausforderungen bestehen in den großen Entfernungen, die die Kommunikation erschweren. Um nur ein Beispiel zu nennen: Südafrika und Deutschland liegen in der gleichen Zeitzone, nur während der deutschen Winterzeit beträgt der Zeitunterschied eine Stunde. Zwischen Qingdao und Xi'an und Deutschland beträgt der Zeitunterschied hingegen sechs bis sieben Stunden: Telefonate können nur am Vormittag deutscher Zeit erledigt werden. So kann es zu Verzögerungen in der Kommunikation kommen. Auch kulturelle Unterschiede dürfen nicht außer Acht gelassen werden. Oftmals unterscheiden sich auch die Strukturen der Verwaltungen. So geht das finanzielle Jahr in Südafrika von Juli bis Juni, während es in Deutschland von Januar bis Dezember geht. Diese Tatsache muss bei der Zusammenarbeit stets bedacht werden. Dabei sollte man nicht darauf vertrauen, dass bei den Partnern ähnliche Abläufe existieren, sondern im Zweifel nachfragen und um Erläuterungen bitten.

Welche Faktoren sind wichtig für die erfolgreiche Umsetzung der Aktivitäten?

Es ist wichtig, sich über die Unterschiede in den Kommunikationsstilen, Hierarchien und Organisationsstrukturen bewusst zu sein und damit umzugehen. Ein enger Austausch über die gemeinsamen Aktivitäten, die gemeinsame Entwicklung von Anträgen für Fördermittel und regelmäßige Treffen sind unerlässlich, um die Zusammenarbeit erfolgreich zu gestalten. Wichtig ist auch ein Budget für Reisen einzuplanen, damit persönliche Kontakte entstehen können.

Für die Kooperation mit den chinesischen Städten ist bei der Stadt Oldenburg eine chinesische Mitarbeiterin zuständig. Dies hat den Vorteil, dass kulturelle Unterschiede erklärt werden können und potenzielle Missverständnisse auf beiden Seiten vermieden werden. Die Südafrika-Kooperation wird von einer Mitarbeiterin koordiniert, die bereits im Ausland gelebt und gearbeitet hat und somit über ein hohes Maß an interkultureller Kompetenz verfügt.

Neue Projektideen sollten stets gemeinsam erarbeitet werden und nicht von einer Seite aufgezungen werden. Nicht alles, was in einem Land

gut funktioniert, ist auch für ein anderes Land sinnvoll und machbar.

Was sind wichtige Bedingungen für das Gelingen bzw. das Erreichen der Ziele?

Generell ist es sehr wichtig, die Ziele innerhalb der partnerschaftlichen Zusammenarbeit gemeinsam festzulegen. Das Prinzip „Partnerschaft auf Augenhöhe“ muss an erster Stelle stehen. Auch ein gewisses Vertrauensverhältnis muss bestehen. Dies kann sich aber erst im Laufe der Zeit entwickeln und fordert Engagement, Zuverlässigkeit und Ehrlichkeit auf beiden Seiten.

Was empfehlen Sie anderen Städten mit ähnlichen Zielen?

Die Teilnahme am Projekt „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ hat sich als sehr hilfreiches Instrument erwiesen. Im Projektzeitraum waren mehrere persönliche Treffen möglich, die Aufwendungen wurden zu großen Teilen von Engagement Global übernommen, sodass die einzubringenden Eigenmittel für die Partnerkommunen relativ gering waren. Darüber hinaus besteht im Projektzeitraum die Möglichkeit, sich gegenseitig besser kennenzulernen und gemeinsame Interessen zu identifizieren. Persönliche Treffen sind unerlässlich, um die Zusammenarbeit erfolgreich zu gestalten. Unbedingt notwendig ist auch die Unterstützung der Politik. Hilfreich ist es auch, wenn eine Partnerschaft von den Bürgerinnen und Bürgern mitgestaltet werden kann.

Aber auch ohne die Teilnahme an einem solchen Projekt ist es sinnvoll, Beratungsangebote und Drittmittel zu nutzen, um eine Partnerschaft aufzubauen. Zudem sollte man, wenn möglich, bereits existierende Kontakte nutzen.

Kontakt:

Stadt Oldenburg

Büro des Oberbürgermeisters

Dirtje Gradtke

Koordinatorin Internationale Beziehungen

Markt 1

26122 Oldenburg

Telefon: 0441 2352873

E-Mail: dirtje.gradtke@stadt-oldenburg.de

www.oldenburg.de/microsites/internationale-beziehungen.html

3.11 Stadt Osnabrück: Die Friedensstadt Osnabrück als Initiator entwicklungspolitischer Bildungsarbeit

Als Stadt des Westfälischen Friedensschlusses von 1648 fühlt sich Osnabrück in einer besonderen Weise verpflichtet, sich friedenspolitisch und friedenskulturell zu engagieren. Träger der Osnabrücker Friedenskultur ist nicht nur die Kommune. In enger Kooperation mit zahlreichen bürgerschaftlichen Initiativen und Vereinen sowie friedens- und entwicklungspolitisch ausgerichteten Institutionen gestaltet die Stadt das Engagement für den Frieden einerseits als Querschnittsaufgabe, andererseits aber auch durch das bundesweit einmalige städtische Büro für Friedenskultur. Das Büro und seine Kooperationspartner sind in den Handlungsfeldern Friedenskultur, Interkultur, Internationaler Dialog und Erinnerungskultur aktiv.



Menschenrechtler und Anti-Apartheidskämpfer Denis Goldberg zu Gast in Osnabrück. © Angela von Brill

Kommunale Entwicklungszusammenarbeit in Osnabrück

Seit 25 Jahren engagiert sich Osnabrück infolge der „Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung“ 1992 in Rio in entwicklungspolitischen Arbeitsfeldern. Die wesentliche Botschaft des Abschlussdokuments der Rio-Konferenz war, dass Friede, Entwicklung und Umweltschutz ineinander verflochten und untrennbar sind. Die Stadt Osnabrück verpflichtete sich der interkulturellen und der kommunalen Nord-Süd-Arbeit als einem Schwerpunkt ihrer lokalen friedenspolitischen Arbeit.

In dem 1994 verabschiedeten Konzept „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit“ beschloss der Rat die Arbeitsschwerpunkte entwicklungspolitische Bildungs- und Kulturarbeit unter Einbezug der Bevölkerung und lokaler Organisationen sowie den Start einer Projektpartnerschaft mit Simbabwe. Das Konzept beschreibt kommunale Handlungsfelder von der Energie- und Umweltpolitik bis hin zur Bildungs- und Kulturpolitik. Die Inhalte sind in weiten Teilen mit den Beschlüssen der Agenda 21 identisch und verdeutlichen das Bemühen, die kommunale Politik stärker in globale Zusammenhänge zu stellen.

Parallel benannte die Stadt eine Koordinatorin, die zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern der in Osnabrück ansässigen Kinderhilfsorganisation terre des hommes und dem Aktionszentrum 3. Welt das Büro für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit bildete. Osnabrück war somit eine der ersten Kommunen, die die kommunale Entwicklungszusammenarbeit zum Schwerpunkt ihrer Arbeit erklärte. Erstes Ergebnis dieser engen Kooperation war 1994 das Ausführen der bundesweiten Fachtagung „Sichtwechsel – Kommunen zwischen lokalen Anforderungen und weltweiten Problemen“, aus deren Anlass sowohl die „Berlin-Charta“ unterzeichnet als auch das „Osnabrücker Memorandum“ verabschiedet wurde.

1994/1995 wurde auf Anregung von terre des hommes und unter großer Bürgerbeteiligung vom Büro Kommunale Entwicklungszusammenarbeit die „Dritte Welt Bilanz“ erarbeitet, die neben der Darstellung von Verflechtungen und Berührungspunkten mit dem Süden die Frage nach Handlungsansätzen und Alternativen thematisierte.

Um die Bandbreite an Querschnittsaufgaben, Aktivitäten und Projekten, die das Büro initiierte, zu spiegeln, bekam es im Jahr 2001 einen neuen Namen: Büro für Friedenskultur. Im Rahmen seiner Kultur- und Bildungsarbeit bringt es Projekte auf den Weg, in denen mit Unterstützung von Kunst und (Inter-)Kultur friedens- und entwicklungspolitische, interkulturelle und agendarelevante Themen und Zusammenhänge vermittelt und erfahrbar gemacht werden. Die Kulturarbeit zu verschiedenen Länderschwerpunkten – Türkei, Japan und Russland – trägt zur internationalen Verständigung bei. Hier sind insbesondere auch das „Afrika Festival Osnabrück“ und seit 2001 das „Morgenland Festival Osnabrück“ zu nennen.

Entwicklungspolitische Bildungslandschaft in Osnabrück: Starke Partner vor Ort

Osnabrück ist entwicklungspolitisch nur so gut wie seine Kooperation mit starken Partnern. Die Stadt hat mit terre des hommes eine weltweit aktive Kinderhilfsorganisation an ihrer Seite, die sie im Bereich der lokalen entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit auch finanziell fördert. Das Aktionszentrum 3. Welt, ein lokaler Eine-Welt-Verein, wird ebenfalls finanziell unterstützt und ist eines der größten entwicklungspolitischen Zentren in Niedersachsen. Osnabrück ist 2010 als „Fairtrade-Town“ ausgezeichnet worden. Die Stadt Osnabrück erfüllte auch 2017 noch alle fünf Kriterien der „Fairtrade-Towns“-Kampagne und trägt für weitere zwei Jahre den Titel.



Verleihung des „Afrika Preises“ für Schulen anlässlich der Eröffnung des „Afrika Festivals Osnabrück“ 2016. © Angela von Brill

Eine seit 1981 existierende Besonderheit ist das „Colloquium Dritte Welt – Umwelt und Entwicklung“, das als Kooperationsprojekt zwischen der Universität Osnabrück und terre des hommes startete und bis heute mit neuen Partnern kontinuierlich entwicklungspolitische Bildungsarbeit leistet und so das Thema immer wieder auf die städtische Agenda setzt.

Ein weiterer Partner im Rahmen der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit ist der Afghanische Frauenverein, in dem sich in Deutschland lebende Afghaninnen zusammengeschlossen haben, um den Menschen ihres Landes zu helfen. Von April 2006 bis zu seinem Tod im Jahr 2016 war Roger Willemsen Schirmherr des Afghanischen Frauenvereins. In enger Kooperation mit dem Büro für Friedenskultur finden regelmäßig

Informationsveranstaltungen und Lesungen zur Lage in Afghanistan statt.

2005 kam mit der Geschäftsstelle von HelpAge Deutschland eine weitere Organisation hinzu, die sich weltweit der Belange älterer Menschen annimmt. Ein besonderes Engagement in Osnabrück zeichnet sich dadurch aus, dass es dem Verein gelungen ist, dem globalen Phänomen Flucht mit Sport vor Ort zu begegnen: Eindrucksvoll hat sich eine Laufgruppe, bestehend aus geflüchteten Menschen und Osnabrücker Sportlerinnen und Sportlern, formiert, die gemeinsam laufen, sich gegenseitig fördern und läuferische Wettbewerbe für die Aktion „Jede Oma zählt“ bestreiten.

Mit allen Vereinen und Initiativen wie auch mit den Arbeitsgruppen der „Lokalen Agenda“ arbeitet die Stadt Osnabrück eng und in zahlreichen Projekten zusammen.

Aktuelle Herausforderung: Die Stadt als Initiator entwicklungspolitischer Bildungsprojekte im Kontext von Flucht

Das Thema Fluchtursachen ist auch in Osnabrück präsent. Derzeit wird geprüft, wie die Stadt konkret in einer Krisenregion unterstützen kann. Hier ist die türkische Partnerstadt Çanakkale als Region vieler ankommender Geflüchteter ebenso im Blick wie Regionen in anderen Nachbarstaaten Syriens, die mit der Aufnahme von Geflüchteten an ihre humanitären und logistischen Grenzen kommen.

Als eine von sechs bundesweit ausgewählten Pilotkommunen erarbeitet Osnabrück mit Unterstützung durch die SKEW ein Konzept für ein besonderes entwicklungspolitisches Bildungsangebot zu Migration und Flucht. Unterstützt wird es dabei von Einrichtungen der Entwicklungszusammenarbeit, der Flüchtlingshilfe sowie von migrantischen Vereinen wie dem Tamilenverein Osnabrück. Herausforderung wird sein, weitere migrantische Vereine an diesem Planungsprozess zu beteiligen und ihre Arbeitsschwerpunkte und Bedürfnisse zu ermitteln. Mithilfe einer Bestandsaufnahme wurde Letzteres bereits geleistet. Für das Bildungsangebot soll ein gemeinsames Thema für die Friedensstadt gefunden werden. Gemeinsam wird eine Vision entworfen und Ziele und Zielgruppen definiert. Am Ende soll ein Bildungsangebot stehen, das den Startschuss für weitere Vernetzungen und Angebote sowie längerfristige Projekte gibt.



„Sudan-Abend“ im Rahmen des „Afrika Festivals Osnabrück“ 2016.
© Ibrahim Ahmed

Das Büro für Friedenskultur versteht sich in diesem Prozess als Koordinierungsstelle, die den Abstimmungsprozess unterstützt. Eine enge stadtinterne Kooperation zu den ebenfalls mit Querschnittsaufgaben beauftragten Fachdiensten wie zum Beispiel den Büros der Integrationsbeauftragten, der Gleichstellungsbeauftragten, dem für Städtepartnerschaften und der Strategischen Stadtentwicklung stärkt diesen Prozess und lässt für die Zukunft ein abgestimmtes Bildungs- und Projektangebot im Rahmen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit erwarten.

Kontakt:

Stadt Osnabrück

Büro für Friedenskultur

Katharina Opladen

Marienstraße 5/6

49074 Osnabrück

Telefon: 0541-323 3210

E-Mail: opladen@osnabrueck.de

www.osnabrueck.de/friedenskultur/start.html

3.12 Stadt Wolfsburg: Kommunale Entwicklungszusammenarbeit und Entwicklungspartnerschaften

Die Stadt Wolfsburg zählt zu den ersten deutschen Kommunen, die von der SKEW für die Förderung einer zweijährigen Personalstelle zur „Koordination kommunaler Entwicklungspolitik“¹¹ ausgewählt wurden.



„Netzwerktreffen für deutsche Kommunalakteure mit Partnerschaften in die Region Nordafrika“ der SKEW in Wolfsburg, 30.11./01.12.2017. © Engagement Global/Martin Magunia

Mit ihrer Geschichte und als Sitz des Volkswagenkonzerns verfügt die Stadt Wolfsburg über eine besondere kulturelle Vielfalt und Dynamik. Das friedliche Miteinander der Kulturen und Religionen sowie die gelungene Integration von Bürgerinnen und Bürgern mit Zuwanderungsgeschichte prägen das bunte Stadtbild und internationale Engagement der jungen, weltoffenen Stadt. Mit über 147 vertretenen Nationalitäten und 15 Partner- und Freundschaftsstädten ist das Spektrum internationaler Verbindungen sehr breit. Die Wolfsburger Koordinatorin für kommunale Entwicklungszusammenarbeit ist seit Beginn des Jahres 2017 aktiv, um das entwicklungspolitische Engagement der Stadt gezielt auszubauen. In den Worten des Oberbürgermeisters Klaus Mohrs: „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit steht in Wolfsburg zu allererst für einen grenzüberschreitenden, fachübergreifenden und gegenseitigen Lernprozess zugunsten einer nachhaltigen Entwicklung, von dem alle Beteiligten nur profitieren können.“

¹¹ „Koordination kommunaler Entwicklungspolitik“: <https://skew.engagement-global.de/koordination-kommunaler-entwicklungspolitik.html>.

Dazu gehören die grundlegende Bewusstseinsbildung in Politik und Verwaltung sowie die Schaffung funktionsfähiger Strukturen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit. Außerdem wird ein Ratsbeschluss angestrebt, der an die „Wolfsburger Agenda 21“ anknüpft. Ein Forum entwicklungspolitisch aktiver sowie interessierter Akteure aus Wolfsburg wurde bereits ins Leben gerufen, um das vorhandene Wissen und vielseitige Engagement zu bündeln und Erfahrungsaustausche anzustoßen. Parallel gibt es erste projektbezogene Entwicklungspartnerschaften: In Wolfsburg wird kommunale Entwicklungszusammenarbeit als Querschnittsaufgabe definiert, die in ihrer Vielschichtigkeit Herausforderungen und zugleich Chancen birgt. Durch die Zusammenarbeit und gemeinsame Entwicklung mit den Akteuren vor Ort, den Fachverantwortlichen und den Partnern im Ausland kann globales Denken in allen Köpfen verankert werden und sowohl gesamtstädtisch als auch ganz individuell nachhaltiges Handeln wachsen. Deshalb werden bei allen Aktivitäten die globalen Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 mitgedacht.



Die Wolfsburger Projektgruppe bei einer Arbeitssitzung im Rathaus von Jendouba, 28.10.2017. © Stadt Wolfsburg

Dass die Auswirkungen lokalen Handelns an den kommunalen Grenzen ebenso wenig haltmachen wie globale Probleme und Herausforderungen, hat man hier längst erkannt. „Mit der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit eröffnet sich ein neues und heute sehr wichtiges Standbein internationalen Engagements. Wir spüren als Kommunen sehr stark, welche Auswirkungen die globalen Probleme auf uns haben. Denken wir zum Beispiel an die Flüchtlingssituation. Zunehmend wird uns gleichzeitig bewusst, dass wir globale

Entwicklungen durch unser lokales Handeln beeinflussen und deshalb Verantwortung dafür übernehmen müssen. Wir müssen weiterdenken! Die kommunale Entwicklungszusammenarbeit knüpft an dieser Stelle an“, so der Oberbürgermeister in einem Interview für das Magazin „der gemeinderat“ 2017.



Während des Fachaustausches in Jendouba wird ein Graffitiworkshop mit den Anwohnerinnen und Anwohnern organisiert, 28.10.2017. © Stadt Wolfsburg

Mit der Bildungs-, Informations- und Netzwerkarbeit bedient sich Wolfsburg eines wichtigen Instruments, um Transparenz herzustellen, bewusstseinsbildend zu wirken und Bedenken ebenso wie Potenziale und Unterstützungsmöglichkeiten offenzulegen. Die Auswahl der Projekte erfolgt ganz gezielt: nach Rücksprache mit relevanten Fachbereichen und Partnern, bedarfsorientiert, unter Berücksichtigung der Möglichkeiten und des Nachhaltigkeits- sowie gegenseitigen Lernaspekts und Mehrwerts (zum Beispiel an fachlicher, sprachlicher und interkultureller Kompetenz). Außerdem wird mit den zeitlich und thematisch abgegrenzten Entwicklungspartnerschaften an ausbaufähige Städtefreundschaften angeknüpft.

Erste Schritte ist die Stadt mit dem Projekt „Kommunaler Wissenstransfer Maghreb-Deutschland“¹² gegangen, das im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) von der Servicestelle und der Deutschen Gesellschaft für Internationale

Zusammenarbeit (GIZ) durchgeführt wird. Durch Wissens- und Erfahrungsaustausche werden Kleinprojekte in Tunesien, Marokko und Algerien im Bereich der Stadtentwicklung unterstützt. Zwischen Wolfsburg und Jendouba finden Austausche zur Gestaltung eines Stadtteilparks mit Bürgerbeteiligung in der tunesischen Freundschaftsstadt statt. Demokratie und Integration profitieren von der Verknüpfung von Stadtentwicklung und Partizipation besonders. Die Wolfsburger Fachbereiche unterstützen das Vorhaben in beratender Funktion. Zwei Mitarbeitende der Stadt Jendouba konnten im Frühjahr die Wolfsburger Kolleginnen und Kollegen, ähnliche Projekte vor Ort und die Projektgruppe kennenlernen. Gemeinsam wurde ein Aktionsplan ausgearbeitet. Der fachliche Gegenbesuch zur weiteren gemeinsamen Konkretisierung der Vorhaben erfolgte im Herbst 2017 in Tunesien, bevor in Wolfsburg das zweitägige „Netzwerktreffen für deutsche Kommunalakteure mit Partnerschaften in die Region Nordafrika“ der SKEW stattfand.



Dialogworkshop zum Projekt „Kommunale Nachhaltigkeitspartnerschaften“. © Rüdiger Wockenfuß

Gemeinsam mit Sarajevo, der Freundschaftsstadt in Bosnien und Herzegowina, ist Wolfsburg zudem Teil des Projekts „Kommunale Nachhaltigkeitspartnerschaften“,¹³ das ebenfalls mit der SKEW durchgeführt wird. Innerhalb einer zweijährigen Projektlaufzeit setzen sich deutsche und südosteuropäische Partnerkommunen systematisch mit den SDGs der Agenda 2030 auseinander,

12 „Kommunaler Wissenstransfer Maghreb-Deutschland“: <https://skew.engagement-global.de/wissenstransfer-maghreb-deutschland.html>.

13 „Kommunale Nachhaltigkeitspartnerschaften“: <https://skew.engagement-global.de/kommunale-nachhaltigkeitspartnerschaften.html>

um diese innerhalb kommunaler Prozesse zu verankern. Wolfsburg und Sarajevo werden eine Projektmaßnahme im Bildungsbereich zum Thema Nachhaltigkeit in beiden Städten entwickeln und sich dazu austauschen. Im Juli 2017 wurden Interessenten aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft in Wolfsburg zu einem gemeinsamen Dialogworkshop eingeladen, um die kommunale Entwicklungszusammenarbeit, das Pilotprojekt und die Agenda-Arbeit der Stadt kennenzulernen. Gemeinsam wurden Ideen für ein Bildungsangebot erarbeitet. Nach dem Netzwerktreffen der projektbeteiligten deutschen Kommunen konnte die Delegation aus Sarajevo im Januar 2018 im Rahmen einer Expertenentsendung in Wolfsburg empfangen werden. Der Fachaustausch diente der gemeinsamen Konkretisierung der jeweiligen Bildungsprojekte in Arbeitssitzungen und dem Kennenlernen unterschiedlicher lokaler Nachhaltigkeitsinitiativen.



Dialogworkshop zum Projekt „Kommunale Nachhaltigkeitspartnerschaften“.
© Stadt Wolfsburg

Kontakt:
Stadt Wolfsburg
Referat Repräsentation, Internationale Beziehungen
Nora Mühling
Porschestraße 49
38440 Wolfsburg
Kordinatorin kommunaler Entwicklungszusammenarbeit
Telefon: 05361-282851
E-Mail: nora.muehling@stadt.wolfsburg.de
www.wolfsburg.de/entwicklungspolitik



Von links nach rechts: Manfred Hüller, Referatsleiter Repräsentation, Internationale Beziehungen; Nora Mühling, Koordinatorin kommunaler Entwicklungszusammenarbeit; Oberbürgermeister Klaus Mohrs. © Stadt Wolfsburg

Im Laufe des Jahres wird sich zudem eine entwicklungspolitische Projektpartnerschaft in Südafrika konkretisieren. Anknüpfend an zivilgesellschaftliches Engagement möchte sich die Stadt in einer ländlichen Region zugunsten der (Aus-) Bildungsmöglichkeiten benachteiligter Kinder und Jugendlicher einsetzen.

4. BESCHLÜSSE UND PAPIERE

Auf dieser Seite finden Sie Hinweise und Links zu Dokumenten, die für das Thema relevant sind. Dazu gehören Programme, Konzepte, Beschlüsse und weitere Hintergrundpapiere. Diese Auflistung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

„Entwicklungspolitische Leitlinien“ des Landes Niedersachsen

Die Leitlinien zeigen die Grundprinzipien der niedersächsischen Entwicklungspolitik auf und benennen gleichzeitig konkrete Handlungsfelder. Entwicklungspolitik wird zur Querschnittsaufgabe der Ressorts, die sich durch alle Bereiche der Landespolitik zieht (siehe auch Kapitel 2.2 dieser Broschüre).

www.stk.niedersachsen.de/themen/europa_internationales/relaunch_2016/europa_internationales/entwicklungszusammenarbeit/entwicklungspolitische_leitlinien_landes_niedersachsen/entwicklungspolitische-leitlinien-des-landes-niedersachsen-146415.html

Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Niedersachsen

Die Landesregierung hat das übergeordnete Ziel, die sozialen und wirtschaftlichen Interessen in Einklang zu bringen mit der langfristigen Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Hierfür hat sie eine Nachhaltigkeitsstrategie erarbeitet, die sich thematisch an den aktuellen Herausforderungen einer nachhaltigen Entwicklung Niedersachsens ausrichtet, Handlungsschwerpunkte benennt und Ziele formuliert (siehe auch Kapitel 2.3 dieser Broschüre).

www.umwelt.niedersachsen.de/startseite/themen/nachhaltigkeit/nachhaltigkeitsstrategie/nachhaltigkeitsstrategie-fuer-niedersachsen-111080.html

Musterresolution „2030 – Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ des Deutschen Städtetages

Der Deutsche Städtetag stellt gemeinsam mit dem Rat der Gemeinden und Regionen Europas/Deutsche Sektion die Musterresolution „2030 – Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ zur Verfügung. Darin können alle Kommunen und Landkreise ihre

Bereitschaft signalisieren, sich für ausgewählte Themen der Nachhaltigkeit zu engagieren und im Rahmen ihrer Möglichkeiten entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Das können Maßnahmen der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit vor Ort sein, kommunale Strategien für ein Nachhaltigkeitsmanagement oder kommunale Partnerschaftsnetzwerke.

www.staedtetag.de/fachinformationen/staedtetag/075357/index.html

Eine umfangreiche Sammlung an Beschlüssen und Papieren zum Thema globale Nachhaltigkeit finden Sie auch auf den Seiten der SKEW:

<https://skew.engagement-global.de/beschluesse-und-papiere.html>

Fact sheets: Kommunale Praxisbeispiele zur Agenda 2030

Das Kernstück der Agenda 2030 sind die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs). Diese weisen direkte und indirekte Verknüpfungen zur kommunalen Verwaltungsebene auf. Weltweit kommt daher Städten, Gemeinden und Kreisen – als die den Bürgerinnen und Bürgern nächststehende Ebene – eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der Agenda 2030 zu. Welche Maßnahmen zu bestimmten Zielen einen Beitrag leisten, wird mit der vorliegenden Sammlung verdeutlicht. Sie besteht aus Praxisbeispielen, die für jedes der 17 Ziele entsprechende Aktivitäten auf kommunaler Ebene aufzeigen. Die Agenda 2030 ist thematisch komplex und die Sammlung ist somit nicht abschließend, sondern als Anregung zu verstehen.

<https://skew.engagement-global.de/fact-sheets-kommunale-praxisbeispiele-zur-agenda-2030.html>

Vereinte Nationen (UN)

Die Website der Vereinten Nationen enthält zahlreiche Dokumente und Materialien (englischsprachig).

www.un.org/sustainabledevelopment/sustainable-development-goals

Eine Präsentation zu den 17 Nachhaltigkeitszielen und deren Querverbindungen finden Sie unter: www.un.org/ecosoc/sites/www.un.org.ecosoc/files/files/en/2016doc/interlinkages-sdgs.pdf

5. SERVICETEIL

Angebote der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Als Kompetenzzentrum für kommunale Entwicklungspolitik und lokale Nachhaltigkeit in Deutschland steht die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global Städten, Landkreisen und Gemeinden bei ihrem entwicklungspolitischen Engagement zur Seite. Im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unterstützt die Servicestelle Verwaltung, Politik sowie weitere lokale Akteure und Zivilgesellschaft dabei, miteinander in Dialog zu treten und ihr Engagement in der Entwicklungspolitik nachhaltig und wirkungsvoll zu vernetzen und zu gestalten.

Die Arbeit der Servicestelle ist auf vier Zukunftsthemen ausgerichtet:

- Global Nachhaltige Kommune
- Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene
- Fairer Handel und Faire Beschaffung
- Kommunale Partnerschaften und internationale entwicklungspolitische Kommunalbeziehungen

In diesen Handlungsfeldern bietet die SKEW spezielle Qualifizierungs-, Informations- und Beratungsangebote an. Sie organisiert Konferenzen, Workshops und „Runde Tische“, setzt Modellprojekte um und bietet finanzielle Förderung. Mithilfe eines umfangreichen Internetauftritts, des Newsletters „Eine-Welt-Nachrichten“, Leitfäden, Studien, Handlungsempfehlungen sowie Veranstaltungs- und Projektdokumentationen stellt sie zudem eine weite Verbreitung ihrer Arbeit sicher.

Bei der Entwicklung der Strategien und Programme werden Bundesministerien, Bundesländer, Kommunen und kommunale Spitzenverbände sowie Dachorganisationen der Nichtregierungsorganisationen und weitere Organisationen der deutschen Entwicklungspolitik eingebunden. So ist sichergestellt, dass sich die Unterstützungs- und Serviceangebote an den Bedürfnissen vor Ort orientieren und mit den Zielen und Aktivitäten der wesentlichen Akteure in der deutschen Entwicklungspolitik korrespondieren.

Finanzielle und personelle Förderung: Die Angebote der SKEW

Neben Beratungsangeboten und Informationsveranstaltungen bietet die Servicestelle finanzielle Förderung für nachhaltige Projekte, Partnerschaften oder personelle Ressourcen.

Über den „Kleinprojektfonds kommunale Entwicklungspolitik“ fördert die Servicestelle – in der Regel unterjährige – Vorhaben der Bildungs- und Informationsarbeit, der Strategieentwicklung und Qualifizierung sowie Projekte zur Vernetzung und Begegnungen kommunaler Partner aus dem Globalen Süden. Kommunen können zur Realisierung ihrer Projekte Zuschüsse von 1.000 bis 20.000 Euro beantragen (bei einem Eigenanteil von mindestens zehn Prozent der Gesamtausgaben).

<https://skew.engagement-global.de/kleinprojektfonds.html>

Das Angebot „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“ (Nakopa) ermöglicht Kommunen oder kommunalen Spitzenverbänden, finanzielle Förderung für entwicklungspolitische Projekte mit Schwerpunkt nachhaltige Daseinsvorsorge, gute lokale Regierungsführung oder Klimaschutz und Klimaanpassung in einem Partnerland zu beantragen. Die Servicestelle gewährt Zuschüsse von 20.000 bis 250.000 Euro (bei einem Eigenanteil von mindestens zehn Prozent der Gesamtausgaben), die Laufzeit des Projektes darf bis zu drei Jahre betragen.

<https://skew.engagement-global.de/unterstuetzung-durch-nakopa.html>

Mit dem „Förderprogramm für kommunale Klimaschutz- und Klimaanpassungsprojekte“ (FKKP) werden Vorhaben unterstützt, die einen wesentlichen Beitrag zu Emissionsminderung, Anpassung an den Klimawandel oder Wald- und Biodiversitätserhalt leisten. Voraussetzung für eine Antragstellung ist die Teilnahme der Kommune an dem Projekt „Kommunale Klimapartnerschaften“.

<https://skew.engagement-global.de/foerderprogramm-fuer-kommunale-klimaschutz-und-klimaanpassungsprojekte.html>

Darüber hinaus bietet die Servicestelle verschiedene Programme, um Partnerschaften in konkreten Regionen zu stärken.

Ein Beispiel dafür ist das „Schnellstarterpaket Ukraine“. Das Angebot richtet sich an Kommunen, die bereits eine Städte- oder Projektpartnerschaft mit Kommunen in der Ukraine haben oder eine neue Partnerschaft eingehen möchten. Finanziert werden unterjährige Vorhaben zur Projektentwicklung, Qualifizierung, Vernetzung und Begegnung im Bereich der kommunalen Entwicklungspolitik in Höhe von 10.000 bis 50.000 Euro.

<https://skew.engagement-global.de/schnellstarterpaket-ukraine.html>

Um das entwicklungspolitische Engagement deutscher Kommunen und kommunaler Unternehmen in den Aufnahmekommunen syrischer Geflüchteter in Nahost zu fördern, können sie seit 2017 eine finanzielle Förderung über das „Schnellstarterpaket I Nahost“ für den Aufbau oder die Intensivierung ihrer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit Aufnahmekommunen in Nahost beantragen. So sollen Projektpartnerschaften entstehen oder belebt werden, in denen gemeinsam Projektideen zu kommunalen Kernthemen und nachhaltiger Entwicklung umgesetzt werden, die sich an den individuellen Bedarfen der Partnerkommunen orientieren.

www.initiative-nahost.de/de/starterpaket-1.html

Neben der Förderung von einzelnen Projekten oder Maßnahmenpaketen unterstützt die Servicestelle auch bei der Finanzierung von Personalstellen.

Die Förderung „Koordination kommunaler Entwicklungspolitik“ ermöglicht es Kommunen, einen bis zu 90-prozentigen Zuschuss für ihre Personalressourcen im Bereich der entwicklungspolitischen Arbeit zu beantragen. In dem Förderzeitraum von 24 Monaten sollen Grundlagen und Strukturen geschaffen werden, um das Thema langfristig in der Kommune zu etablieren.

<https://skew.engagement-global.de/koordination-kommunaler-entwicklungspolitik.html>

Mit dem Programm „Integrierte Fachkräfte für Kommunen weltweit“ (FKPW) kooperiert die Servicestelle mit dem Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM) und vermittelt deutsche und europäische Fachkräfte in Partnerschaften mit Kommunen des Globalen Südens.

Diese arbeiten in der Regel zwei bis drei Jahre bei einem lokalen Arbeitgeber und unterstützen durch Wissensaustausch und Vernetzung die Partnerländer dabei, ihre entwicklungspolitischen Ziele zu erreichen.

<https://skew.engagement-global.de/integrierte-fachkraefte.html>

Über „ASA-Kommunal“ erhalten Kommunen die Möglichkeit, junge Menschen zwischen 21 und 30 Jahren für ein drei- oder sechsmonatiges Praktikum in Rahmen einer internationalen Kommunalpartnerschaft anzustellen. Als Einsatzort kommen sowohl Kommunen in Deutschland als auch im Ausland infrage. Für dieses Angebot kooperiert die Servicestelle mit dem ASA-Programm.

<https://skew.engagement-global.de/asa-kommunal.html>

Eine ausführliche Darstellung aller Programme und Fördermöglichkeiten bietet Ihnen die Homepage der SKEW:

<https://skew.engagement-global.de>

Telefon: 0228 20717-670

Akteure in Niedersachsen (Auswahl)

Anbei finden Sie eine Auflistung von Einrichtungen, die zu Themen rund um die kommunale Nachhaltigkeit arbeiten.

Kommunale Umwelt-Aktion U.A.N.

Die U.A.N. unterstützt seit über 30 Jahren die Städte und Gemeinden bei ihren Umweltaufgaben. Sie bietet zielgruppenorientierte Hilfestellungen für Kommunen durch Informationsveranstaltungen, Informationsangebote (Print und online), Erfahrungsaustausche, Vernetzungsangebote, Moderationen sowie konkrete Projektberatung vor Ort an. Die U.A.N. ist ein eigenständiger, überparteilicher Verein, der organisatorisch eng verbunden ist mit dem Niedersächsischen Städte- und Gemeindebund.

Kommunale Umwelt-Aktion U.A.N.

Arnswaldtstraße 28

30159 Hannover

Telefon: 0511 3028-560

Fax: 0511 3028-556

E-Mail: info@uan.de

www.umweltaktion.de

Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen GmbH (KEAN)

Die Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen versteht sich als Kompetenzzentrum für Energieeinsparung, Energieeffizienz, Energiespeicher und den Einsatz erneuerbarer Energien insbesondere im Gebäudebestand. Sie ist eine Einrichtung des Landes Niedersachsen und hat die Aufgabe, den Klimaschutz in Niedersachsen weiter voranzutreiben.

KEAN
Osterstraße 60
30159 Hannover
Telefon: 0511 8970-3911
Fax: 0511 8970-3969
E-Mail: info@klimaschutz-niedersachsen.de
www.klimaschutz-niedersachsen.de

Regionale Netzstelle Nachhaltigkeitsstrategie Nord (RENN.nord)

Aufgabe der RENN.nord ist es, die Akteure in den norddeutschen Bundesländern zu vernetzen, Impulse für mehr Nachhaltigkeit zu geben sowie bestehende Strukturen zu stärken und den Austausch der handelnden Personen und Einrichtungen zu fördern. In einer länderübergreifenden Zusammenarbeit sollen die vielen Beispiele guter Praxis verbreitet und ihre Synergieeffekte genutzt werden. Dabei ist der Prozess des Wandels nur in enger Kooperation zwischen staatlichen und nicht staatlichen Einrichtungen zu erreichen.

RENN.nord Niedersachsen
Dirk Schröder-Brandt
Telefon: 05044 975-21
E-Mail: renn.nord@vnb.de
www.renn-netzwerk.de/nord

Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e.V. (VEN)

Der VEN ist ein Zusammenschluss von über 140 Eine-Welt-Initiativen und das Sprachrohr für Menschen, die sich in Niedersachsen für globale Gerechtigkeit einsetzen. Der Verband bietet eine Plattform zum Austausch und zur Vernetzung. Er berät seine Mitglieder vor Ort und qualifiziert sie mit Fortbildungen und Seminaren. Landesweite Kampagnen und Programme des VEN stärken zivilgesellschaftliches Engagement in Niedersachsen. Der VEN arbeitet aktuell in Projekten zu den UN-Nachhaltigkeitszielen (SDGs), zur nachhaltigen Beschaffung, zum Globalen Lernen sowie

internationalen Partnerschaften. Der Verband trägt und koordiniert außerdem das bundesweite „Eine Welt-Promotor*innen“-Programm in Niedersachsen.

Programm „Eine Welt-Promotor*innen“

Die „Eine Welt-Promotor*innen“ in Niedersachsen unterstützen entwicklungspolitisches Engagement. Die „Regionalpromotor*innen“ stärken Eine-Welt-Themen in den niedersächsischen Regionen und sind vor Ort Ansprechpersonen für entwicklungspolitische Themen. Die „Fachpromotor*innen“ vermitteln Wissen zum Globalen Lernen, beraten in den Bereichen Migration und Entwicklung oder sorgen für mehr öffentliche Wahrnehmung und internationale Vernetzung.

Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e.V. (VEN)

Hausmannstraße 9–10
30159 Hannover
Telefon 0511 391650
info@ven-nds.de
www.ven-nds.de

Niedersächsische Bingo-Umweltstiftung (NBU)

Die Stiftung fördert ergänzend zu staatlichen Pflichtaufgaben Umwelt- und Naturschutzprojekte sowie Projekte zugunsten der Entwicklungszusammenarbeit und der Denkmalpflege. Grundlagen der Förderung sind Nachhaltigkeit, ehrenamtliches Engagement und aktiver Naturschutz. Im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit werden folgende Themen gefördert:

- Klimaschutz, Anpassung an die Folgen des Klimawandels, Steigerung der Ressourceneffizienz und Einsatz erneuerbarer Energien;
- Beratung, Bildung, Forschung und Investition, um die Ernährungssicherheit sowie den Lebensstandard in den ländlichen Räumen zu verbessern. Hier wird auch der Bedeutung zur Bereitstellung bestimmter Einrichtungen und Infrastrukturen Rechnung getragen;
- nachhaltige Wirtschaftsentwicklung (insbesondere im ländlichen Raum), denn diese ist eine wichtige Voraussetzung für die Armutsbekämpfung und Bewältigung der Folgen des Klimawandels;
- entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit im schulischen und außerschulischen Sektor, um das Wissen über den Anderen zu steigern und dauerhafte Sensibilisierungen und

- Engagement sowie Wissenstransfer zu erzeugen;
- Maßnahmen, die dem dauerhaften Wissenstransfer in Institutionen, Einrichtungen und Schulen dienen (zum Beispiel Fortbildungen von ehrenamtlich tätigen Pädagoginnen/Pädagogen und Multiplikatorinnen/Multiplikatoren in Bezug auf „Bildung für nachhaltige Entwicklung“), werden bevorzugt gefördert.

Niedersächsische Bingo-Umweltstiftung

Emmichplatz 4

30175 Hannover

Telefon: 0511 8976-970

Fax: 0511 8976-9711

E-Mail: info@bingo-umweltstiftung.de

www.bingo-umweltstiftung.de

PUBLIKATIONEN DER SERVICESTELLE KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt stellt alle ihre Publikationen und Informationsmaterialien zum kostenfreien Bestellen (sofern noch nicht vergriffen) oder als Download auf ihrer Homepage bereit: <https://skew.engagement-global.de/publikationen.html>.

„Dialog Global“-Schriftenreihe:

- Nr. 49: Rechtliche Aspekte der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit im Ausland. Bonn, Januar 2018
- Nr. 48: Rechtliche Rahmenbedingungen des Engagements von Geflüchteten. Ein Praxisleitfaden. Bonn, Oktober 2017
- Nr. 47: Kommune bewegt Welt – Der Preis für herausragende kommunale Beispiele zu Migration und Entwicklung 2016. Dokumentation. Bonn, September 2017
- Nr. 46: Kommunale Klimapartnerschaften. Dokumentation der vierten Projektphase. Bonn, April 2017
- Nr. 45: Nachhaltig Einkaufen im Rathaus. Ein Praxisleitfaden. Bonn, März 2017
- Nr. 44: 2030 vor der Haustür. Kommunen, Fairer Handel und die neue Nachhaltigkeitsagenda der Vereinten Nationen. Bonn, Januar 2017
- Nr. 43: Network Meeting Migration & Development at the Local Level. 9–10 November 2015, Cologne. Report. Bonn, Oktober 2016
- Nr. 42: Faires Beschaffungswesen in Kommunen und die Kernarbeitsnormen. Rechtswissenschaftliches Gutachten 2016. Bonn, Oktober 2016
- Nr. 41: Zwischenevaluation des Projekts „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“. Executive Summary. Bonn, September 2016
- Nr. 39: Global Nachhaltige Kommune. Bonn, März 2016
- Nr. 19: Deutsch-chinesische Kommunalbeziehungen. Kurzfassung der Studie von Anja Goette und Qianlan Gao. Bonn, Januar 2018.
- Nr. 9: Partner für eine Welt – Gestaltung und Nutzen Kommunaler Partnerschaften. Bonn, März 2018

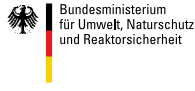
„Material“-Schriftenreihe:

- Nr. 96: Erste Konferenz Kommunale Partnerschaften mit Osteuropa, 23. bis 25. Oktober 2017 in Esslingen. Bonn, Februar 2018
- Nr. 95: Zweite Konferenz „Kommunale Partnerschaften mit Asien“, 19. bis 21. Juni 2017 in Bonn. Bonn, November 2017
- Nr. 94: Dokumentation der Veranstaltung „Umsetzung der Agenda 2030 in Städten und Kommunen voranbringen“, 26. bis 27. Juni 2017 in Hamburg. Bonn, November 2017
- Nr. 92: Internationaler Auftaktworkshop des Projekts „Kommunale Nachhaltigkeitspartnerschaften“, 15. bis 16. Januar 2017 in Gelsenkirchen. Bonn, August 2017

Sonstige Publikationen:

- Unsere Angebote. Bonn 2017
- Über uns. Kurzprofil der Servicestelle. Bonn 2017
- Flucht und kommunale Entwicklungspolitik. Gemeinsam globale Verantwortung übernehmen. Ein Dossier in Zusammenarbeit mit der Redaktion welt-sichten (Beilage zur Ausgabe 9-2017 von welt-sichten)
- Kommunale Partnerschaften mit der Ukraine. Deutsche und ukrainische Städte und Gemeinden setzen sich gemeinsam für ihre nachhaltige Zukunft ein. Ein Dossier in Zusammenarbeit mit der Redaktion welt-sichten (Beilage zur Ausgabe 12-2016 von welt-sichten)
- Global Nachhaltige Kommune. Kommunen engagieren sich für Nachhaltigkeit in der Einen Welt. Ein Dossier in Zusammenarbeit mit der Redaktion welt-sichten (Beilage zur Ausgabe 8-2016 von welt-sichten)

Alle Informationen, Termine, Aktivitäten, Tipps und Hintergrundberichte aktuell in den monatlichen ***Eine-Welt-Nachrichten*** der Servicestelle. Kostenfrei! Bestellformular auf unserer Homepage unter www.service-eine-welt.de.



Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt der Engagement Global gGmbH wird finanziell gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der Länder Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Durch unsere Gremien Programmbeirat und Programmkommission beteiligen wir unsere Förderer und Kooperationspartner an der Fortentwicklung der SKEW.

Unter Mitwirkung von: Freistaat Bayern, Land Berlin, Land Mecklenburg-Vorpommern, Land Niedersachsen, Saarland, Land Schleswig-Holstein, Freistaat Thüringen, Gemeinde Aidlingen, Auswärtiges Amt, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Bundesstadt Bonn, DBB Beamtenbund und Tarifunion, DEAB Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e. V., Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH, Deutsche UNESCO-Kommission e. V., Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Diözesanrat der Katholiken im Erzbistum Köln, Forum der Kulturen Stuttgart e. V., Stadt Freiburg im Breisgau, Stadt Jena, Stadt Karlsruhe, Stadt Köln, Landeshauptstadt München, Stadt Nürnberg, Rat der Gemeinden und Regionen Europas, Rat für Nachhaltige Entwicklung, Kreis Steinfurt, Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V.

ENGAGEMENT GLOBAL gCmbH
Service für Entwicklungsinitiativen

Tulpenfeld 7 · 53113 Bonn
Postfach 12 05 25 · 53047 Bonn
Telefon +49 228 20 717-0
Telefax +49 228 20 717-150
info@engagement-global.de

Im Auftrag des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung